# Lübecker Volksbote

**Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung**

Der „Lübecker Volksbote" erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger vierteljährlich 6.00, monatlich 2.00 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46 Fernsprecher Nr. 920

Die Anzeigengebühr beträgt für die siebengespaltene Petitzeile oder deren Raum 110 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 100 Pfg., Reklamen 320 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 10 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 57. Montag, den 8. März 1920. 27. Jahrg.


## Landwirtschaft und Zwangswirtschaft.

Von H. Wittich,
Mitglied der preußischen Landesversammlung.

Der systematische Kampf gegen die öffentliche Bewirtschaftung notwendiger Lebensmittel, deren Bedeutung von so manchem Konsumenten und Landwirt unterschätzt wird, läßt erkennen, daß die Urheber dieses Kampfes ihn nur als Mittel zum Zweck benutzen, um nämlich weitergesteckte politische Ziele besser zu erreichen. Man versucht die landwirtschaftlichen Produzenten, indem man ihnen Aussichten auf wirtschaftliche Vorteile eröffnet, in Gegensatz zur heutigen Regierung zu bringen. Zur gegebenen Zeit soll dann durch einen Lieferstreik das Chaos herbeigeführt und durch die Hungerfolgen die Aenderung der Staatsform oder mindestens der Rücktritt der Regierung erzwungen werden. Die mangelhafte Ablieferung der landwirtschaftlichen Produkte im allgemeinen und der Ausbruch einzelner Lieferstreiks sind die zu frühzeitig in Erscheinung tretenden Wirkungen dieser Agitation.

Sicher ist, daß der größte Teil der Landwirte mit diesem Ziele reaktionärer Agitatoren sich nicht einverstanden erklärt und ein Mahnruf an die einsichtsvollen landwirtschaftlichen Produzenten würde eine gute Wirkung nicht verfehlen. Die Gegner der Zwangswirtschaft behaupten, dieses System versetze der Landwirtschaft den Todesstoß dadurch, daß es die landwirtschaftliche Einzel-Wirtschaft und damit den Grundpfeiler der erfolgreichen landwirtschaftlichen Produktion beseitige. Die Mahnung an den Landwirt, im Hinblick auf die vaterländischen Interessen, weniger auf den Profit als auf den Bedarf der allgemeinen Bevölkerung Rücksicht zu nehmen, ist in vielen Fällen tauben Ohren gepredigt worden. Bis zu einem gewissen Grade kann zugegeben werden, daß in der Agrarwirtschaft die persönliche Eignung stärker als in der Industrie in Frage kommt; aber es ist eine Selbstüberhebung sondergleichen, wenn man alle Erfolge nur auf die Personen zurückführt. Gerade die Landwirtschaft steht sehr stark unter dem Einfluß der Witterung, des Saatgutes usw.

Die öffentliche Bewirtschaftung bedeutet den Zwang, nur diejenigen Produkte anzubauen, die unbedingt für den Lebensunterhalt der Bevölkerung nötig sind. Die Landwirte aber, die ehrlich zur Gesundung des deutschen Wirtschaftslebens beitragen wollen, können dieses Opfer doch nicht als Zwang ansehen, sondern müssen es als eine patriotische Selbstverständlichkeit empfinden. Nur die Landwirte, die ihre Produkte über die Grenze schieben oder dem Schleichhändler geben, können diese Pflicht als lästigen Zwang auffassen.

Bei Feststellung der Produktionsmöglichkeit müssen selbstverständlich die klimatischen, bodenkulturellen und sonstigen Eigenarten eines jeden Gebietes in Betracht gezogen werden. Die Behauptung, die niedrige Preisbemessung der landwirtschaftlichen Produkte sei eine Folge der Zwangswirtschaft, ist grundfalsch. Die Zwangswirtschaft ist eine Kriegserscheinung, verursacht durch die Blockade und das Versagen des freien Handels.

Die Erscheinung, daß die deutsche Landwirtschaft über mangelnde Bewertung ihrer Erzeugnisse klagt, ist nicht neu. Die großen Agrardebatten im deutschen Reichstage zur Zeit Bismarcks, Caprivis usw., haben bewiesen, daß auch schon damals solche Klagen laut wurden, wobei allerdings nicht direkt höhere Preise, sondern Schutz gegenüber ausländischer Konkurrenz verlangt wurde. In Wirklichkeit handelte es sich natürlich auch schon damals darum, den agrarischen Profit zu erhöhen. Und das geschah in der freien Wirtschaft.

Es soll gar nicht bestritten werden, daß die Agrarpolitik des Reiches nicht immer richtig war. Doch in der letzten Zeit ist versucht worden, diesen Fehler wieder gut zu machen. Ueber den Erfolg kann man geteilter Meinung sein. So kam die Druschprämie nur einen kleinen Teil der Landwirte zugute, und zwar gerade den Großgrundbesitzern, die in der Hauptsache die Saboteure unserer Ernährungswirtschaft sind. Daraus ist auch das Stocken der Getreideablieferung zu erklären. Da aber im allgemeinen in der letzten Zeit eine ganz wesentliche Erhöhung der Preise für landwirtschaftliche Produkte stattgefunden hat, so für den Zentner Zucker um 150 Mk., ferner für Brotgetreide jetzt eine verhältnismäßig hohe Prämie gezahlt und für das nächste Erntejahr ein sehr angemessener Preis zugestanden ist, und vor allen Dingen eine gewaltige Preiserhöhung für Kartoffeln, so kann die Anschuldigung der Zwangswirtschaft nur als leerer Vorwand bezeichnet werden.

In Aussicht genommen sind bei der nächsten Ernte folgende Preise: Weizen 1100 Mk. pro Tonne, Roggen 1000 Mark pro Tonne, Hafer 1000 Mark pro Tonne, Zucker 150 Mark pro Zentner, Gerste 1000 Mk. pro Tonne, Kartoffeln 25 Mk. pro Zentner.

Die Versicherung, daß die Milchlieferungen steigen würden, wenn der Milchpreis angemessen erhöht würde, hat sich nicht bewahrheitet. Die Preise wurden im allgemeinen um zirka 100 Prozent erhöht, und die Milchlieferung läßt trotzdem nach. Sehr fragwürdiger Art ist die Behauptung der agrarischen Agitatoren, daß die meisten landwirtschaftlichen Erzeugnisse unter dem Produktionspreis abgegeben werden mußten. Praktisch sind die meisten Agrarwirtschaften, namentlich die kleineren, nicht in der Lage, die Produktionskosten des einzelnen Produktes festzustellen. Es kann aber umgekehrt die Frage gestellt werden, ob die Steigerung der Eierpreise von früher 5 Pfg. auf jetzt 1 Mk. das Stück ab landwirtschaftlicher Produktionsstätte, oder aber der Aepfel- und Birnenpreis von früher ca. 10 Pfg. auf jetzt 60 Pfg. bis 1 Mk. pro Pfund auch auf die erhöhten Produktionskosten zurückzuführen sind.

Wenn heute von der Landwirtschaft die Weltmarktpreise verlangt werden, würde sich die Sache praktisch so gestalten, daß nur eine dünne Schicht der Bevölkerung noch in der Lage wäre, diese Preise zu bezahlen, der größte Teil des Volkes aber, der diese Mittel nicht aufbringen könnte, würde sich dann gewaltsam in den Besitz der Lebensmittel setzen. Jeder einigermaßen logisch denkende Mensch kann sich ausmalen, was das für Folgen auslösen würde. Nach sorgfältiger Berechnung amtlicher Stellen würde nach der nächsten Ernte 1 Zentner Kartoffeln bei Zwangswirtschaft 30—40 Mark kosten, während bei freiem Handel 100 bis 120 Mk. bezahlt werden müßte. Ein Pfund Zucker würde bei öffentlicher Bewirtschaftung 2,50 Mk. kosten, bei freiem Handel mindestens 10 Mk., ein Laib Brot von 4½ Pfund würde bei öffentlicher Bewirtschaftung 4,50 Mk., im freien Handel 6 Mk. kosten.

Bei allen Fehlern der jetzigen Zwangswirtschaft muß die Frage aufgeworfen werden, welches ist das kleinere Uebel?

Vor allen Dingen ist zu bedenken, daß die öffentliche Bewirtschaftung und die Rationierung nicht zu trennen sind. Wer will den großen Industriestädten bei freier Bewirtschaftung die Gewähr bieten, daß sie die durch die Rationierung garantierten Mengen an Lebensmitteln auch bekommen?

Deshalb bedeutet die Aufhebung der Zwangswirtschaft das größere Uebel. Es würde zu schweren Erschütterungen wirtschaftlicher und politischer Art kommen. Die Drahtzieher der Reaktion setzen aber gerade ihre Hoffnung darauf, daß dann ein Bürgerkrieg ausbricht, um dann die Gelegenheit zu benutzen, die jetzige Regierung oder gar die republikanische Staatsform zu beseitigen. Hierzu soll die deutsche Landwirtschaft Vorspanndienste leisten.

Ohne zwingenden Grund ist niemand für Beibehaltung der Zwangswirtschaft. Man könnte die Aufhebung befürworten, wenn

1. die Gewähr geboten wird, daß die für den Bedarf notwendigen Mengen produziert werden,
2. eine Organisation geschaffen wird, welche die für die Allgemeinheit notwendigen Mengen erfaßt,
3. die Preisfestsetzung durch eine aus Produzenten und Konsumenten zusammengesetzte Körperschaft erfolgt.

Viel ratsamer wäre es, man würde, um die Lebensmittelversorgung zu verbessern, an die Förderung der landwirtschaftlichen Produktion denken.

Die Parole muß sein:

Zweckmäßige Verwendung des Grund und Bodens. Steigerung der Bodenergiebigkeit durch behördliche Zuführung von künstlichem Dünger, Saatgut und Hilfsmitteln, unter Berücksichtigung der kleinen Wirtschaft zum Selbstkostenpreis. Hebung des Viehbestandes, Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Landarbeiter durch Abschluß von Tarifverträgen. Angemessene Preise für landwirtschaftliche Produkte.

Sobald diese Voraussetzungen erfüllt werden, wird die deutsche Landwirtschaft auch unter der Zwangswirtschaft, nicht allein im eigenen Interesse vorteilhaft wirtschaften, sondern sie wird wesentlich zum Gesundungsprozeß des deutschen Wirtschaftslebens beitragen.

---

## Deutsche Nationalversammlung.

### Das Landessteuergesetz in 2. Lesung angenommen.

Berlin, den 6. März 1920.

150. Sitzung. Nachmittags 1 Uhr.

Am Regierungstisch: Dr. David, Bell.

Präsident Fehrenbach: Eingegangen ist das Gesetz über die Grundschule und die Aufhebung der Vorschulen. Am Montag soll ein Antrag der Rechten über die Dauer der Nationalversammlung beraten werden. Dann werden folgen das Betriebssteuergesetz, das Gesetz über die Grundschule, die dritten Lesungen der Steuervorlagen und kleine Gesetze. Am Freitag wird sich dann die Nationalversammlung auf kurze Zeit vertragen.

Ein Antrag auf Erteilung der Genehmigung zur Strafverfolgung des Abg. Oberfohren (DN.) wegen Beleidigung wird abgelehnt.

Darauf Fortsetzung der zweiten Aussprache des Landessteuergesetzes. Im § 6 entscheidet über die Frage, ob Landes- oder Gemeindesteuern geeignet sind, die Steuereinnahmen des Reiches zu schädigen, nach der Regierungsfassung der Reichsrat, nach der Ausschußfassung der Reichstag.

Abg. Schneider-Franken (BVP.) erhebt Bedenken gegen den ganzen Paragraphen.

Abg. Düringer (DN.) beantragt die Regierungsfassung auf Entscheidung durch den Reichsrat wiederherzustellen.

Abg. Dr. Becker-Hessen (DVP.) und Abg. Hesse (Dem.) — dieser nur für einen Teil seiner Freunde — sowie Abg. Herold (Z.) schließen sich an.

Es wird beschlossen, die Befugnisse nicht dem Reichstag, sondern wie in der Verfassung, dem Reichsrat zu übertragen.

§ 8 bestimmt: Die Länder erheben Steuern a) vom Grundvermögen, b) vom Gewerbebetrieb.

Die Steuern können auch unabhängig vom Ertrag nach Merkmalen des Wertes oder Umfanges des Grundvermögens bezw. des Gewerbebetriebes veranlagt werden. Die Gemeinden können von den Ländern an den Ertragssteuern in beliebiger Höhe beteiligt werden.

Dazu liegt ein Abänderungsantrag Dr. Becker (DVP.) vor, wonach Steuern vom Grundvermögen und vom Gewerbebetrieb für Land und Gemeinde zusammen den Ertrag mit nicht mehr als 15 Proz., soweit sie nicht nach dem Ertrag veranlagt sind, mit nicht mehr als zwei Drittel v. H. belasten.

Ein Antrag Baerecke (DN.) verlangt, daß Berechnungen über Wert und Ertrag von Grund und Boden nicht über 25 Jahre zurückliegen dürfen.

Abg. Wetzlich (DN.): Wir werden für den Antrag Becker stimmen.

Ministerialdirektor von Laer: Reformbedürftigkeit der Grundsteuer ist vorhanden. In das vorliegende Gesetz können wir aber das nicht aufnehmen. Auch der Antrag auf Begrenzung der Höchstbelastung ist nicht durchführbar.

Abg. Becker (DVP.): So wie die gewiß notwendigen Verbesserungen in dem Antrage Baerecke formuliert sind, können sie in das Reichsgesetz nicht aufgenommen werden. Der übermäßigen Belastung durch Grund- und Realsteuern muß vorgebeugt werden.

Abg. Hesse (Dem.): Wir billigen die Tendenz des Antrages Baerecke. Dem Antrag Becker können wir nicht zustimmen.

Abg. Düwell (Unabh. Soz.): Wir legen Wert darauf, daß die Länder verpflichtet sind, die Gemeinden an der Ertragssteuer zu beteiligen und daß es nicht nur ihrem Ermessen überlassen bleibt. Der Tendenz des Antrages Baerecke stimmen wir zu.

Abg. Baerecke (DN.) zieht seinen Antrag zugunsten einer entsprechenden Resolution zurück.

Die Resolution wird einstimmig angenommen.

§ 8 bleibt unverändert.

Der § 9 lautet nach der Vorlage: „Die Ertragssteuern dürfen nicht wie Einkommensteuern ausgestattet werden." Den zweiten Satz: „Besteuerungsmerkmale, die auf die Berücksichtigung der persönlichen Leistungsfähigkeit des Steuerpflichtigen abzielen, sollen nicht zugrundegelegt werden", hatte der Ausschuß gestrichen.

Abg. Becker (DVP.) begründet diese Streichung.

Abg. Prof. Dr. Neumann-Hofer (Dem.): Es kommt auf die Belastung des Betriebes als solchem an. An diesem Grundsatz darf nicht gerüttelt werden.

Es wird beschlossen, den vom Ausschuß gestrichenen Satz wieder einzufügen.

§ 14a läßt den Religionsgesellschaften das Recht, Zuschläge zu den Reichssteuern zu erheben.

Der Antrag Düwell (Unabh. Soz.) auf Streichung wird abgelehnt, der Paragraph unverändert angenommen.

Der § 16 bestimmt in der Ausschußfassung, daß Länder und Gemeinden mit zwei Dritteln des Ertrages beteiligt werden, während die Regierungsvorlage nach den Steuerbeträgen abgestufte Anteile festsetzt.

Abg. Wurm (Unabh. Soz.): Es muß den Gemeinden ein Sicherheitsrecht gegeben werden, das wir in der Regierungsfassung sehen, mit dem Zusatz, daß sie progressive Zuschläge zu erheben berechtigt sind. Wenn die Religionsgesellschaften Zuschläge erheben würden, ist der Grundsatz der ausschließlichen Steuererhebung des Reiches ja durchbrochen. Im Interesse der Bevölkerung liegt es nicht, daß die Gemeinden verkümmert werden. Wenn die Länder wieder die auf die Gemeinden abgewälzten Aufgaben übernehmen wollen, dann brauchen sie keine Zuschläge zu erheben. So aber werden die Gemeinden noch mehr Hausdiener des Staates. (Sehr richtig! links.) Wir beantragen Wiederherstellung der Regierungsfassung.

Ein preußischer Regierungsvertreter bittet im Namen der preußischen Regierung, den § 16 in der Kommissionsfassung anzunehmen.

Ein bayrischer Regierungsvertreter dagegen bittet um Wiederherstellung der Regierungsvorlage.

Abg. Irl (Z.) protestiert gegen den Kommissionsbeschluß.

Abg. Gruber (Soz.): Eine gewisse Berechtigung haben die bayrischen Vorredner insofern, als Bayern nach dem Regierungsentwurf besser fahren würde. Doch können wir als Abgeordnete uns nicht von Stimmungen leiten lassen, sondern wir müssen alle Für und Wider genau abwägen. Und auch die BVP muß schon einsehen, daß das Reich die Hauptsache ist. Wir bayrischen Sozialdemokraten sind nicht nur nebenbei Deutsche, sondern vor allem Deutsche. Und dann erst Bayern. (Sehr gut!) Wir müssen dafür Sorge tragen, daß der deutsche Einheitsgedanke immer mehr in das deutsche Volk eindringt. Und wenn Sie (zur BVP.) dem bayrischen Volk die Wahrheit sagen würden, dann würde es jeder bayrische Bauer auch einsehen. Das Reich wahrt doch auch die Interessen der Länder und Gemeinden; wir sind deshalb für die Kommissionsfassung. Es gilt, gemeinsam zusammen zu arbeiten und nicht gegeneinander zu wirken; denn Reich, Länder und Gemeinden sind auf Gedeih und Verderben aneinander geschmiedet. (Lebh. Bravo!)

Präsident Fehrenbach bittet trotz preußisch-bayrischer und innerbayerischer Differenzen das Gesetz noch heute zu erledigen. (Heiterkeit.)

Abg. Hesse (Dem.): Wir sind für die Kommissionsfassung.

Der Paragraph bleibt unverändert.

§ 40, der den Anteil der Gemeinden an der Umsatzsteuer auf 5 Proz. festsetzt, wird entgegen einem Antrag der Unabhängigen (25 Proz.) und einen Antrag der Deutsch-Nat. (10 Proz.) unverändert angenommen.

Der § 53 gewährleistet jedem Land die Einnahmen in der bisherigen Höhe. Der Anteil an der Einkommensteuer muß mindestens das Aufkommen von 1919 zuzüglich von jährlich 6 Proz. erreichen.

Ein Antrag Hesse (Dem.) und Herold (Z.) will eine Steigerung von 25 Proz. festsetzen.

Abg. Wurm (Unabh. Soz.) will den Anteil so groß gestalten, daß die nötigen Ausgaben gedeckt werden können. Außerdem fordert er Wiederherstellung der Regierungsvorlage.

nach dem 1. Oktober 1919 nicht erst nach dem 20. Februar 1920 außer Ansatz bleiben.

Der Antrag Wurm wird abgelehnt. Der Antrag Hesse-Herold wird angenommen; ebenso ein Antrag der Mehrheitsparteien und der Unabhängigen auf Aenderung des Stichtages (20. Februar) in den 5. März 1920.

Als § 53a wird eingefügt: „Die Grundsätze des § 53 gelten bis 1. April 1921 sinngemäß für die Landesgesetzgebung bei der Regelung des Verhältnisses zwischen Ländern und Gemeinden."

§ 57 über Aenderung der Beteiligung der Länder und Gemeinden am Ertrage von Reichssteuern bleibt unter Zurückstellung der dazu gestellten Anträge gestrichen. Dafür wird der vierte Absatz des § 59 entsprechend geändert.

Damit ist die zweite Lesung der Vorlage beendet.

Präsident Fehrenbach: Die nächste Sitzung setze ich auf Montag 2½ Uhr fest: erste Beratung des Gesetzentwurfes betreffend Grundschule und Aufhebung der Vorschule; erste Lesung des Besitzsteuergesetzes; dritte Lesung der übrigen Steuergesetze.

Als die Deutsch-Nationalen und die Deutsche Volkspartei beantragen, das Besitzsteuergesetz von der Tagesordnung abzusetzen, wogegen sich Unterstaatssekretär Moesle und Abg. Loebe (Soz.) energisch wenden, ergibt sich eine große Mehrheit aus „Unabhängigen" und den Koalitionsparteien für die vom Präsidenten vorgeschlagene Tagesordnung.

Schluß 8 Uhr.

# Der deutschnationale Präsidentschaftskandidat.

Mit journalistischer Militärmusik, mit Pauken und Posaunen kündet die reaktionäre Presse die Präsidentschaftskandidatur Hindenburgs an. Nachdem schon die erste Notiz von dem „Großen Opfer" gesprochen hatte, das Hindenburg mit der Kandidatur auf sich nehme — Ebert hatte sich nach derselben Presse eine „fette Pfründe" ergattert — bekommt jetzt der byzantinische „Lokalanzeiger" sogar die Wendung fertig, Hindenburg „lade dem deutschen Volke eine neue Dankesschuld auf." Wahrscheinlich muß sich das Volk noch dafür bedanken, daß es in diesem Falle überhaupt abstimmen darf.

Das Hauptmittel, um für die geplante Militärdiktatur — denn darauf läuft der ganze Plan hinaus — Stimmung zu machen, ist die immer wiederholte Behauptung, die Kandidatur Hindenburg sei keine Parteikandidatur; Hindenburg stehe über den Parteien und gehöre keiner politischen Richtung an. Das ist eine glatte Lüge, die schon durch ein alldeutsches Blatt, die „Deutsche Tageszeitung", mit den Worten widerlegt wird:

„Gewiß hat Hindenburg seine sehr bestimmten politischen Auffassungen. Bekanntlich trat er seinerzeit der konservativen Partei bei und ist seinen politischen Anschauungen treu geblieben."

Das Zeugnis der „Deutschen Tageszeitung" ist in diesem Falle sicher unverdächtig. Aber auch ohne dieses Zeugnis wüßten wir aus mannigfacher Erfahrung — es sei nur an Hindenburgs Verhalten während der Kanzlerkrise 1917 erinnert — daß Hindenburg ein strammer Parteigänger der Deutschnationalen ist. Allerdings kein Führer. Seine politische Anschauung ist einfach Abfärbung des Offiziermilieus. Hindenburg denkt und glaubt, was zirka 90 Prozent des altpreußischen Offizierskorps als „vorschriftsmäßige Gesinnung" einer dem anderen nachsprachen. In entscheidenden politischen Momenten war Hindenburg der Geführte der Helfferiche und Ludendorffe, denen die holde politische Ahnungslosigkeit des Mannes bequeme Deckung für ihre Machenschaften bot. Eine solche Deckung für eine reaktionäre Parteiherrschaft würde auch der Reichspräsident Hindenburg sein. Wie er in der Kriegspolitik sich stets dahin schieben ließ, wo ihn die Alldeutschen haben wollten, so würde er auch als Präsident, weit von jeder Parteilosigkeit entfernt, immer nur das Werkzeug einer sehr gerissenen alldeutschen Clique darstellen.

Noch aber ist er nicht Präsident! Die Alldeutschen freilich jubeln, als ob sie den Sieg bereits in der Tasche hätten. Nun, wer zuletzt lacht, lacht am besten. Wenn dem Volke rücksichtslos klargemacht wird, wer Hindenburg ist und wozu er dienen soll, selbst auf die Gefahr, daß dabei ein paar Schleier von der Heldengröße weggezogen werden müssen, — dann wird es sich auch durch den Namen Hindenburg nicht blenden lassen.

# Zusammenstoß mit Ententeoffizieren in Berlin.

**Bedauerliche Vorfälle haben sich am Sonnabend spät abends im großen Speisesaale des „Hotels Adlon" ereignet. Aus Anlaß des Vortrages des Liedes „Deutschland, Deutschland über alles" kam es zu einer Prügelei zwischen dem Prinzen Joachim Albrecht von Preußen und mehreren deutschen Gästen einerseits und den Mitgliedern der französischen Militärkommission andererseits. Infolge der Vorgänge, die noch ein diplomatisches Nachspiel haben werden, ist von Noske über den Prinzen sowie den Rittmeister v. Platen die Schutzhaft verhängt worden.**

„Wolffs Bureau" berichtet über den peinlichen Zwischenfall wie folgt: Als gegen 10.45 Uhr die Kapelle im kleinen Saal neben dem Lichthof „Deutschland, Deutschland über alles" spielte, erhoben sich die deutschen Gäste, während die Franzosen (Hauptmann Rougavin, Botschaftssekretär Dunard und Kapitän Klein) sitzen blieben. Der Prinz, der mit dem neben ihm sitzenden höheren russischen Staatsrat einige Flaschen Wein getrunken hatte, sprang erregt auf und rief den Franzosen zu: „Aufstehen, sonst raus!" Da der Aufforderung keine Folge geleistet wurde, warf der Prinz eine Blumenvase nach dem Tisch, wo die Ausländer saßen. Andere Gäste folgten seinem Beispiele. Als der Prinz jetzt in maßloser Erregung mit einem schweren Kerzenhalter auf die Gegner, die sich heftig verteidigten, einzuschlagen versuchte, umringten ihn die Kellner und drängten ihn hinaus. Den Franzosen, die Zivil trugen, waren teilweise die Kleider zerrissen, auch hatten sie Beulen, Quetschungen und Schnittwunden davongetragen.

Der Prinz soll übrigens schon vor einigen Tagen einen persönlichen Zusammenstoß mit Kapitän Klein gehabt haben. Der Kapitän wollte in das Hotel hineingehen und stieß dabei mit dem General Hoffmann zusammen. Der General war erregt und äußerte seine Empörung darüber, daß er sich als deutscher Offizier ohne genügende Entschuldigung müsse anrempeln lassen. Der Prinz, der in der Nähe stand, gab dabei in sehr kräftigen Ausdrücken seinem Unmut über das Verhalten des Kapitäns Ausdruck.

Nach dem Rencontre am Sonnabend kam es zu einem Nachspiel in der Halle des Hotels, da auf eine Ansprache des Prinzen deutsche Gäste sich gegen ihn wandten und sein Verhalten scharf kritisierten. Der Prinz schloß seine Ausführungen mit der Hoffnung, daß man die Franzosen bald aus dem Hotel herausheben werde.

Als am Sonntag mittag Prinz Joachim Albrecht wieder im „Hotel Adlon" erschien, um dort zu speisen, weigerten sich die Kellner, ihn zu bedie-

Die französische Botschaft hat inzwischen bereits die Hotelangestellten nach dem Namen der anwesenden Gäste befragt. Einige dieser Herren sind im Laufe des Sonntags auf der französischen Botschaft erschienen, u. a. der Besitzer des „Hotels Adlon", der dem ganzen Vorfall beigewohnt hatte.

Gegen den Prinzen soll, wie mitgeteilt wird, bei der Staatsanwaltschaft ein Verfahren wegen Körperverletzung und Beleidigung anhängig gemacht werden

Sämtliche in Berlin anwesenden Entente-Kommissionen traten Sonntag im „Adlonhotel" zu einer Besprechung des Vorfalles zusammen. Welche Beschlüsse gefaßt wurden, ist noch nicht bekannt. Jedenfalls hat einer der beteiligten französischen Offiziere, Kapitän Klein, bereits einen Bericht an seine Regierung abgesandt.

Prinz Joachim Albrecht bestritt telephonisch dem „W. T. B." gegenüber, daß er in der oben gemeldeten Weise an dem Vorfall beteiligt gewesen sei. Er habe in Gesellschaft einiger bekannter Herren in einer Ecke gesessen und habe den Verlauf des Zwischenfalles nicht verfolgen können, weil zwischen seinem Tisch und dem Tisch der französischen Gäste eine große Anzahl Personen gestanden habe. Auch will er keine Geschosse geworfen haben.

Die Regierung mahnt zur Besonnenheit. Sie hat folgende offiziöse Auslassung hinausgegeben: „In letzter Zeit haben sich in Berlin verschiedene unliebsame Vorfälle mehr oder weniger ernster Art zwischen Zivil und Militär einerseits und den auf Grund des Friedensvertrages hier anwesenden Mitgliedern der Alliierten-Ueberwachungsausschüsse andererseits ereignet. In den Fällen, wo die Namen der daran Beteiligten bekannt sind, ist eine Untersuchung von maßgebender Stelle eingeleitet worden, und es wird, soweit sich für den einen oder anderen eine Schuld ergibt, unnachsichtlich eingeschritten werden. Wie auch das Ergebnis dieser Untersuchung ausfallen wird, so kann nicht nachdrücklichst darauf hingewiesen werden, daß wie deutscherseits von den Mitgliedern dieser oder ähnlicher Kommissionen ein korrektes Verhalten verlangt wird, so auch von jedem einzelnen Deutschen ein angemessenes und würdiges Verhalten gegenüber den im Dienste ihrer Regierung sich hier aufhaltenden Mitgliedern erwartet wird. Die Folge jeder Abweichung, mag sie sich in Worten oder in Tätlichkeiten ausdrücken, fällt in jedem Falle auf das ganze deutsche Volk zurück. Es wird aber nicht allein das deutsche Ansehen geschädigt, sondern auch die Verhandlungen mit den Ausschüssen erleiden große Störungen."

# Ein neuer amerikanischer Vorbehalt.

Der amerikanische Senat hat Freitag mit 41 gegen 21 Stimmen den von Lodge beantragten Vorbehalt angenommen, **der dem Wiederherstellungsausschuß ein Eingreifen in den Handelsverkehr zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland untersagt.**

# Die Entente in Konstantinopel.

Reuter verbreitet eine Mitteilung des „Daily Telegraph", wonach die englische Regierung „angesichts der ernsten Lage" beschlossen hat, Konstantinopel durch britische Land- und Seestreitkräfte besetzen zu lassen. England hat, derselben Quelle zufolge, die französische und italienische Regierung aufgefordert, an dieser Besetzung teilzunehmen mit dem Bemerken, Streitkräfte seien zu diesem Zwecke hinreichend vorhanden.

Die Meldung kann in dieser Form unmöglich richtig sein. Konstantinopel ist bereits seit dem Spätherbst 1918 von alliierten Truppen vollständig besetzt.

### Ein Ultimatum an die Türkei?

London, 7. März. **Offiziell wird erklärt, die Alliierten werden der Türkei eine in bestimmtem Tone gehaltene Note überreichen lassen, der, wenn notwendig, schärfste Maßnahmen folgen sollen.**

# Das Urteil gegen Röchling aufgehoben.

**TU. Berlin, 8. März. Soeben wird hier bekannt, daß der Kassationshof in Paris das Urteil gegen die Mitglieder der Familie Röchling, das vor dem Kriegsgericht in Amiens gefällt wurde, aufgehoben und das Verfahren an das Kriegsgericht zurückverwiesen hat.**

# Ein polnischer Ueberfall an der oberschlesischen Grenze.

An der Grenze bei Laurahütte erhielten Sonnabend morgen bei der Verfolgung von Schmugglern zwei deutsche Grenzwachtmeister 100 Meter diesseits der Grenze von jenseits der polnischen Grenze von einer polnischen Militärpatrouille lebhaftes Feuer, ebenso die zur Bergung der dabei verletzten Grenzwachtmeister herbeigeeilte Sicherheitspolizei. Erst nach 1½ Stunden gelang eine Verständigung mit den Polen und die Bergung der Verletzten. Ein verletzter Grenzwachtmeister ist im Hospital gestorben.

# Politische Rundschau.

## Deutschland.

### Die Reichstagswahlen im Herbst.

Nach einer Berliner Meldung der in der Regel gutunterrichteten „Frankf. Ztg." ist die Entscheidung nunmehr dahin gefallen, daß die Neuwahlen erst im Herbst erfolgen werden.

### Das Reichstagswahlrecht.

Der Entwurf des Wahlgesetzes bestimmt in Abschnitt 1: Wahlrecht und Wählbarkeit u. a. folgendes: Reichstagswähler ist, wer am Wahltag Reichsangehöriger und 20 Jahre alt ist. Wählen kann nur, wer in die Wählerliste oder Wahlkarte eingetragen ist oder einen Wahlschein besitzt. Wählbar ist jeder Wahlberechtigte, der am Wahltag 25 Jahre alt und seit mindestens einem Jahre Reichsangehöriger ist. Aus Abschnitt 2, Wahlvorbereitung, sei über die Wahlkreiseinteilung und Zusammenfassung zu Verbandswahlkreisen hervorgehoben: Die Wahlkreise sind so zu bemessen, daß auf ihre Gesamtwählerzahl in der Regel vier Abgeordnete fallen. Zur Einreihung von Verbandswahlkreisen werden mindestens drei Wahlkreise zu einem Verbandswahlkreis zusammengefaßt. Für die Stimmabgabe wird jeder Wahlkreis in Wahlbezirke eingeteilt, die möglichst mit den Gemeinden zusammenfallen. Für jeden Wahlbezirk wird eine Wählerliste oder Wahlkarte angelegt und die dort wohnhaften Wähler eingetragen. Für jeden Wahlkreis werden ein Kreiswahlleiter, für jeden Verbandswahlkreis ein Verbandswahlleiter und ein Stellvertreter ernannt. In den Wahlvorschlag darf nur aufgenommen werden, wer seine Zustimmung dazu erklärte. Beim Reichswahlleiter sind spätestens am 35. Tage vor der Wahl die Reichswahlvorschläge einzureichen. Zur Prüfung der Kreiswahlvorschläge, der Verbandswahlvorschläge sowie der Reichswahlvorschläge wird je ein Ausschuß gebildet. Der Stimmzettel muß mindestens einen Namen eines Kreiswahlvorschlages oder eines Verbandsvorschlages enthalten. Die Angabe der Partei auf dem Stimmzettel wird nicht beachtet. Im Abschnitt 3, Wahlhandlung und Ermittelung der Wahlergebnisse, heißt es u. a.: Ueber die Gültigkeit der Stimmzettel entscheidet der Wahlvorstand mit Stimmenmehrheit. Bei Stimmengleichheit gibt der Wahlvorstand den Ausschlag. Jedem Kreiswahlvorschlage werden soviel Abgeordnetensitze zugewiesen, daß je einer auf 60 000 für ihn abgegebene Stimmen kommt. Der Abschnitt 4 handelt von der Wahl der Auslandsdeutschen. Er besagt u. a.: Wahlberechtigt und wählbar sind auch Reichsangehörige, die sich im Auslande ständig aufhalten (Auslandsdeutsche) sowie solche, die es vorübergehend tun und einen Wahlschein besitzen. Das gesamte Ausland bildet einen Wahlkreis, für den der Reichswahlleiter zugleich Kreiswahlleiter ist. Die Auslandsdeutschen erhalten soviel Abgeordnetensitze, wie oft die Summe der von ihnen abgegebenen gültigen Stimmen durch 60 000 teilbar ist. Nach Abschnitt 5 — Schlußbestimmungen — tritt das Gesetz mit dem Tage in Kraft, an dem der Reichspräsident die Wahlen zum ersten Reichstag ausschreibt.

### Keine neue Kapitalsbildung im Bergbau auf Kosten der Volksgemeinschaft.

Die sozialdemokratische Fraktion beschäftigte sich mit dem Konflikt, der zwischen den Bergherren und dem Reichswirtschaftsminister ausgebrochen ist. Es wurde folgende Entschließung der Genossen Osterroth und Loeffler einstimmig angenommen:

„Die sozialdemokratische Fraktion der Nationalversammlung hält **die Gewährung eines Kohlenpreisaufschlages in der Höhe von 18 Mark für die Tonne für Ersatz- und Erneuerungsbauten im Bergbau ohne entsprechende Beteiligung des Reiches am Bergwerksbesitz für vollkommen ausgeschlossen.** Die Fraktion wird keiner neuen Kapitalsbildung im Bergbau auf Kosten der Volksgemeinschaft zustimmen, ohne daß das Reich als Repräsentant der Volksgemeinschaft am Bergwerksbesitz in entsprechendem Maße beteiligt ist."

Damit hat sich unsere Fraktion einmütig hinter den Genossen Robert Schmidt als Reichswirtschaftsminister gestellt. Alle Gerüchte, daß einzelne sozialdemokratische Minister diesen Standpunkt nicht teilen, sind unrichtig. Sowohl die sozialdemokratischen Minister wie die sozialdemokratische Fraktion sind entschlossen, auf diesem Standpunkte zu verharren.

### Wie sie lügen.

Die „Deutsche Tageszeitung", das Organ für deutsche Treue und Biederkeit, verfertigt für die kleinen agrarischen Provinzkleffer und ihre getreuen Schäflein auf dem Lande Immer-feste-druff-Hetznachrichten gegen die Sozialdemokratie. So brachte sie dieser Tage folgenden Vers:

Der Revolutionsbürgermeister. Gandersheim, d. 1. März. Unser o-Berichterstatter meldet: Der mehrheitssozialistische Bürgermeister Württemberg, der seit Monaten zahlreicher Verfehlungen beschuldigt wird, ohne daß die Behörde eingriff, ist jetzt seines Amtes enthoben worden.

Diese Nachricht hat das Gute, daß an ihr nichts falsch ist; denn sie ist in ihrem ganzen Inhalt erfunden. Der Bürgermeister von Gandersheim, einer Braunschweiger Landstadt, heißt nicht Württemberg, sondern Gräf; er ist auch nicht Sozialdemokrat, sondern Regierungsassessor und steht weit rechts. Er hat auch keinerlei Verfehlungen begangen, sondern ist erkrankt, und verwaltet an seiner Stelle jetzt ein ebenfalls gut bürgerlicher Herr, ein Major a. D., das Bürgermeisteramt. Die ganze Schauergeschichte von Gandersheim ist also von A bis Z gefälscht. Aber was macht das: man beweist jedenfalls damit, daß die Partei-Schützlinge, die sich jetzt an die „Staatskrippe" herandrängen, ganz minderwertige und unbrauchbare Menschen sind. Und eine Bloßstellung der Republik ist doch der ganze Zweck der Uebung.

### Kleine politische Nachrichten.

Graf Bernstorff hat die ihm **vom Demokratischen Wahlkreisverband Duisburg-Krefeld angebotene Kandidatur für die kommenden Reichstagswahlen angenommen.** Der Wahlkreis 23 hat in die Nationalversammlung keinen demokratischen Abgeordneten entsandt. Er ist vielmehr nur durch 7 Zentrumsabgeordnete 3 Sozialisten und einen Volksparteiler vertreten.

Ein Vertretertag des Deutschen Bauernbundes, der Sonnabend und Sonntag in Berlin stattfand und von mehr als 100 Melegierten beschickt war, hat nach zweitägiger Aussprache mit allen gegen 5 Stimmen eine Entschließung angenommen, in welcher ein Zusammengehen mit der Deutschen Demokratischen Partei gebilligt wird. Die Vertreterversammlung hat dem Ausschuß Vollmacht erteilt, im Rahmen der bisherigen Politik die Vorbereitungen für die nächsten Wahlen zu treffen, falls ein befriedigendes Abkommen mit der deutschen Demokratie zu erzielen ist.

Alle Gerüchte, nach denen Kultusminister Haenisch vom Amt zurücktreten wolle, falls es seinen Bemühungen nicht gelingen sollte, in der Lehrerbesoldungsfrage eine befriedigende Lösung herbeizuführen, sind völlig aus der Luft gegriffen.

Das Reichsauswanderungsamt teilt mit, daß die **Einwanderung für Deutsche nach Guatemala freigegeben ist.**

Die Breslauer Wochenzeitung „Freie Meinung" ist wegen heftiger Angriffe auf den Polizeipräsidenten Voigt auf sechs Wochen verboten worden.

In Tilsit ist eine litauische Zeitung verboten und der Herausgeber verhaftet worden, weil dieses Blatt dahin gewirkt hat, nicht nur das Memelgebiet für den litauischen Staat zu gewinnen, sondern das ganze Land bis zur Linie Labiau-Insterburg-Gumbinnen-Stallupönen dem zukünftigen Groß-Litauen einzuverleiben.

Die Wahlen zur polnischen Nationalversammlung in Pomerellen (das sind die Bezirke in Westpreußen, die auf Grund des Versailler Vertrages an Polen gefallen sind) sind auf den 25. April festgesetzt.

Die Eisenbahnarbeiter der Kasaner Linie haben Maxim Gorki zu ihrem Vertreter im Moskauer Sowjet gewählt.

Zwischen der Räteregierung und Finnland wurde durch Notenwechsel beschlossen, die Feindseligkeiten an der Grenze einzustellen. Es verlautet, daß Friedensverhandlungen bevorstehen.

Der Reichspräsident von Finnland hat Prof. Reichs mit der Bildung des neuen Kabinetts beauftragt. Dieses Kabinett wird ein rein bürgerliches Koalitions-Kabinett sein.

Der Präsident der tschechischen Republik ernannte das Mitglied der Nationalversammlung, Zahradnik, zum Mitglied der Wiedergutmachungskommission und zum bevollmächtigten Minister in Wien.

Die deutsch-demokratische Gemeinschaft in Tirol ruft zu einer freiwilligen Volksabstimmung für den Anschluß Tirols an Deutschland auf.

In der belgischen Kammer ist das Stimmrecht der Frauen mit 120 gegen 37 Stimmen bei 4 Stimmenthaltungen beschlossen worden.

Der englische Schatzkanzler und der französische Finanzminister haben beschlossen, die von beiden Staaten im Jahre 1915 in Amerika aufgenommene Anleihe zurückzuzahlen.

## Oesterreich.

### Versuchte Entführung Bela Kuns.

Aus Wien wird gemeldet: Zehn ungarische Offiziere versuchten, Bela Kun (den einstmaligen Räetediktator) aus dem Spital in Stockerau zu entführen. Dem Wächter boten sie 1500 Kronen. Dieser verständigte jedoch die Gendamerie. Die Offiziere flüchteten darauf im Auto, ohne ihr Vorhaben ausführen zu können. Die Vorsichtsmaßregeln sind verstärkt worden.

### Festnahme eines Kriegsverbrechers.

Der ehemalige Oberstleutnant Rudolf Luke, der 1918 aus der Villa der Baronin Manfredi in Vittorio Wertgegenstände im Betrage von 1 Million Lire wegschaffte, wurde verhaftet. Die gestohlenen Sachen wurden in Innsbruck und Gastein aufgefunden.

## Rußland.

### Der Begründer der Arbeiterräte ermordet?

Aus Kiew wird gemeldet, daß der Vorsitzende und Begründer der ersten Arbeiterräte im Jahre 1905, Georg Krustalew, ein früherer Freund Trotzkys, auf Befehl der Sowjets ermordet worden sei. Der Grund für die Ermordung sei die Herausgabe einer Broschüre durch Krustalew unter dem Titel „Wie Kamerad Trotzky Rußland verkaufte" gewesen. Eine Bestätigung der Nachricht bleibt abzuwarten. Alle russischen Nachrichten sind auf ihre Richtigkeit schwer nachzuprüfen.

## Schweden.

### Rücktritt des Ministeriums.

Das Ministerium hat Sonnabend nachmittag sein Abschiedsgesuch eingereicht. Der König beauftragte den Führer der Liberalen, Eden, mit der Bildung des neuen Ministeriums.

## Portugal.

### Regierungswechsel.

Aus Madrid wird gemeldet: Ein Bericht vom Sonnabend aus Valencia an der portugiesischen Grenze wirft ein Licht auf die Ereignisse in Lissabon, die auf die Ausrufung des Ausstandes in den staatlichen Betrieben hinausliefen. Danach kündigte die Regierung in der Kammer an, daß alle Ausständigen, die nicht innerhalb 48 Stunden zur Arbeit zurückkehren würden, summarisch entlassen werden würden. Diese Regierungserklärung rief einen starken Protest seitens der Arbeiterpartei hervor. Nach einer wütenden Aussprache wurde der Regieung das Vertrauensvotum versagt. Der Premierminister reichte infolgedessen dem Präsidenten der Republik das Rücktrittsgesuch des Kabinetts ein. Dieser beauftragte Senor Antonio Silva, den Führer der demokratischen Partei, mit der Bildung des neuen Kabinetts. Die wichtigsten Portefeuilles sind bereits vergeben worden. Das Gebäude des Arbeiterverbandes wird von einem starken Aufgebot der republikanischen Garde bewacht. Es wurde eine Anzahl von Verhaftungen vorgenommen.

## Japan.

### Die Arbeiter fordern das allgemeine Wahlrecht.

Zwölf Arbeiterverbände der politischen Parteien haben sich zusammengeschlossen und verlangen die Einführung des allgemeinen Wahlrechts.

### Auflösung des japanischen Parlaments.

Aus Tokio wird gemeldet: Der Kaiser hat das Parlament wegen seines Widerstandes gegen den von der Regierung eingebrachten Gesetzesvorschlag zur Einführung des allgemeinen Wahlrechts aufgelöst.

# Aus dem Freistaat Lübeck.

Montag, 8. März.

## Die Presseamtsfrage

bildet gegenwärtig den Stoff für tägliche Notizen der tatsächlich meist mangelhaft informierten aber sehr wichtig tuenden „Eisenbahn-Zeitung". Unsere Stellungnahme zu der Angelegenheit, die sachlich nicht ablehnend, aber vorsichtig gegenüber dem von bürgerlicher Seite verlangten Aufbau und Aufgabenkreis war, gefällt dem Blatte garnicht. Besonders wenig erfreut ist es davon, daß wir keinen der hiesigen bürgerlichen Journalisten, die oft mehr von ihrer Gottähnlichkeit überzeugt sind, als es andere Leute nach ihren journalistischen Erzeugnissen sein werden, als geeignet für die Leitung einer Presseinformationsstelle halten. In ihrem Zorn macht die „E.-Z." uns zum „inoffiziellen Regierungsorgan der Mehrheitspartei von Zufalls Gnaden", damit wieder ihre völlige Unkenntnis in ganz offenkundigen Dingen zeigend. Der „Volksbote" ist Organ der Arbeiterschaft; das ist sein Stolz und bestimmt seinen Charakter. Den Ehrgeiz offiziöses oder inoffiziöses Regierungsblatt zu werden, überläßt er gern andern. Und daß die Sozialdemokratie in Lübeck nach der „E.-Z." Mehrheitspartei von Zufalls Gnaden sein soll, beweist nur, wie wenig jemand, der so etwas behauptet, über das politische Leben unserer Stadt während der letzten Jahrzehnte unterrichtet ist, denn bei allen Reichstagswahlen seit 1898 hatte die Sozialdemokratie in Lübeck immer die Mehrheit der Bevölkerung hinter sich. Und das glänzende Ergebnis der Nationalversammlungswahl kann diesen Eindruck nur verstärken. Die „E.-Z." sollte im Interesse des Ansehens der bürgerlichen Presse Lübecks in ihrer Aufgeregtheit doch nicht gar zu kraß erkennen lassen, daß sie nicht einmal von den Dingen eine Ahnung hat, die jeder politische ABC-Schütze hier weiß.

**Wochenkarten auf der Lübeck-Büchener Eisenbahn.** Vom 1. April ab werden auf der Lübeck-Büchener Eisenbahn, also auf den Strecken Hamburg—Lübeck—Riendorf O., Lübeck—Büchen und Lübeck—Segeberg, auf Entfernungen bis zu 40 Km. Wochenkarten (Teilmonatskarten) eingeführt. Die Karten gelten für die niedrigste Klasse also in 4. bezw. 3. Klasse der Eil- und Personenzüge.

**Bessere Margarine und vermehrte Margarine-Erzeugung.** Im Reichsausschuß für Oele und Fette ist es, wie die „P. P. N." erfahren, seit längerer Zeit möglich, zur Herstellung von Margarine bessere Rohstoffe zu verwenden. Wenn trotzdem bis in die letzte Zeit hinein Klagen der Bevölkerung über minderwertige Beschaffenheit der Margarine geäußert wurden, so dürfte der Grund darin zu finden sein, daß die Margarine zu lange aufgestapelt wird, ehe sie zur Verteilung gebracht wird. In einem Rundschreiben an die Landesfettstellen weist die Reichsfettstelle darauf hin, daß die Margarine eine längere Stapelung nicht verträgt, vielmehr baldigst nach Empfang an die Bevölkerung verteilt werden muß. Da indem der Wassergehalt der Margarine von 20 Proz. auf 16 Proz. herabgesetzt werden wird, ist zu erwarten, daß auch die Klagen über starke Wasserlässigkeit der Margarine ihr Ende finden. — Nach einer anderen Meldung sind die deutschen Margarinefabriken infolge der Rohstoffmengen, die aus dem Auslande beschafft werden konnten, in der Lage, in diesem Monat 460 000 Zentner Margarine herzustellen. Dies sind etwa 20 Prozent mehr, als im Frieden hergestellt werden konnte. Die gegenwärtig ausgegebene Fettration erfordert monatlich 500 000 Zentner Fett, so daß es nach Ansicht maßgebender Fachkreise möglich sein wird, von nun an auf die Einfuhr von Speisefetten aus dem Auslande zu verzichten. — Abwarten!

**Zur Frage der Errichtung einer Krankengeldzuschußkasse** nahm eine Versammlung der Arbeitetausschüsse sämtlicher Betriebe am Sonnabend wiederholt Stellung und befaßte sich mit der Antwort der Unternehmer. Es wurde eine Kommission gewählt und beschlossen, daß nunmehr die Betriebsräte der einzelnen Betriebe die Forderung erheben sollen. Für den Fall, daß kein entsprechendes Resultat erzielt wird, sollen die Gewerschaften bei den Tarifverhandlungen die Forderung stellen. Die Ansicht kam allgemein zum Ausdruck, daß auf dem Gebiet des Krankengeldzuschußwesens unbedingt etwas geschehen müsse.

**Ein kleines Schadenfeuer** entstand heute vormittag in der Breiten Straße. In dem Hause des Putzgeschäfts von Scheurenberg war ein Kellerbrand ausgebrochen, der von der Feuerwehr bald gelöscht wurde. Es lagerten dort Papier, Lumpen, Stroh usw., so daß der Schaden nicht erheblich ist.

**Die Stadthallen-Lichtspiele** bringen gegenwärtig ein Filmdrama zur Vorführung, dessen Titel „Nachtasyl" Erinnerungen an Gorkis gleichnamigen ergreifenden „Bildern aus der Tiefe" weckt, die nach dem Programm auch die Motive für das Kinostück geliefert haben. Aber man darf Gorkis Werk, das von unendlicher Liebe für die Menschheit erfüllt ist, der uns das erschütterndste Elend in den echtesten, packendsten Farben vor Augen führt, mit dem Filmdrama in keinerlei Vergleich stellen. Der Film ist ohne Seele, er vermag deshalb nur durch krasse äußerlich wahrnehmbare Vorgänge zu wirken. Von dieser Tatsache ausgehend ist das Kino-„Nachtasyl" gemacht, und daß es auch in der ihm so gegebenen Form fesselt, se igern konstatiert. Ein an komischen, wenn auch wenig wahrscheinlichen Situationen reiches Lustspiel „Die Brautnacht im Walde" sowie ein Drama aus dem Artistenleben „Das Ende vom Lied" bilden den übrigen Teil des Programms, das eine große Anziehungskraft ausübt.

**Die Overbeck-Gesellschaft** eröffnet im oberen Stockwerk des Schabbelhauses am Dienstag, dem 9. März, eine Ausstellung. Sie ist einer Lübecker Künstlerin gewidmet, die in ihrer Vaterstadt fast vergessen, in Paris und in den Kreisen der Berliner Sezession seit Jahren hochgeschätzt ist, Maria Slavona.

**Die Bank für Handel und Gewerbe, e. G. m. b. H., Lübeck,** kann im abgelaufenen Geschäftsjahr über einen mehr als verdoppelten Umsatz berichten. Er beträgt 1 340 000 000 Mk. Die Bilanzsumme hat sich um Mk. 12 000 000,— auf Mk. 31 549 748,— erhöht. Nach erfolgter Abschreibung von Mk. 397 890,45 auf Wertpapiere verbleibt ein Reingewinn von 196 161,11 Mk. Der Generalversammlung soll die Verteilung einer Dividende von 7 % (6 % im Vorjahre) vorgeschlagen werden. Die Mitgliederzahl hat um 262 zugenommen und beträgt am Schlusse des Geschäftsjahres 2026.

**Der Verein zur Förderung der Geflügelzucht** hatte am Sonnabend und Sonntag in der Stadthalle eine Ausstellung veranstaltet. Edle Rassen und prächtige Exemplare des Federvolkes waren in großer Zahl vertreten und erweckten die Bewunderung der zahlreichen Besucher. Viele Tiere wurden mit Ehren- und sonstigen Preisen bedacht. Von der Gunst der Stunde Begünstigte konnten sich aus dem Glückshafen einen Hahn, ein paar frische Eier oder auch „Nieten" herausholen. Die Versuchung beim Anblick der leckeren Gewinne war ziemlich allgemein.

**Einbrüche in die Geschäftsräume der Gemeinnützigen Brockensammlung.** In jüngster Zeit wurde die Sammelstelle der Brockensammlung am Holstentor zweimal von Einbrechern aufgesucht. Durch den ersten Einbruch wurde die Kaninchenzucht der Sammelstelle geschädigt, sodaß sich die Geschäftsführung, um weiteren Schaden zu verhüten, gezwungen sah, die Kaninchenhaltung, aus der den Sammlern Prämien zugewiesen wurden, aufzugeben. Bei dem zweiten Einbruch drangen die Diebe in das Kontor der Sammelstelle. Sie nahmen einen Posten Lebensmittel mit, der für die sammelnden Kinder bestimmt war. Außerdem eigneten sie sich eine kleine Summe Nickelgeld an. Es sollte unter der halbwüchsigen Gesellschaft, die diese Einbrüche ausgeführt hat, doch bekannt sein, daß das, was der Gemeinnützigen Brockensammlung gestohlen wird, der Allgemeinheit, und zum großen Teil den Aermsten unter den Armen gehört. An solcher Stelle zu mausen, galt bisher selbst in der rücksichtslosesten Verbrecherzunft als ehrenrührig.

**Ermittelt und festgenommen** wurde ein Matrose aus Ratibor, der auf einem im hiesigen Hafen liegenden Dampfer diverse Kleidungsstücke gestohlen hatte. Festgenommen wurde ferner ein in der Schulstraße wohnhafter Bootsmann, der einem Heizer einen größeren Geldbetrag gestohlen hat.

**Fahrraddiebstähle.** In den letzten Tagen treiben hier wieder Fahrraddiebe ihr Unwesen. Es wird dringend davor gewarnt, von Unbekannten gutgläubig Fahrräder aufzukaufen. Von der Hausdiele eines Hauses in der Fleischhauerstraße wurden am Sonnabend abend zwei Fahrräder gestohlen und zwar: ein Damenrad, Marke Panter, ferner ein Herrenrad Nr. 18301. Am 6. ds. Mts. ist von dem Hausflur eines Hauses in der Mühlenstraße ein Fahrrad, Marke Prima, Berlin, gestohlen worden.

**Gestohlen** wurde aus dem Garten eines Hauses in der Kronsforder Allee am 6. ds. Mts. eine graugrüne Leutnantsuniform mit silbernen Achselstücken, auf denen sich die Nr. 11 befand, als die Uniform zum Lüften auf die Leine gehängt war. — In der Nacht zum 7. ds. Mts. sind aus der Werkstatt der Firma Camphausen und Torkuhl am Stadtgraben 2 Magnete, ein schwarzer Ledermantel und ein ebensolcher Anzug, sowie ein Fahrrad ohne Bereifung mittelst Einbruches gestohlen worden. Die Absicht der Einbrecher war wahrscheinlich gewesen, ein Automobil zu stehlen. — Von einem Asphalt-Transportwagen, der auf einem Lagerplatz am Kanal unterhalb der Fleischhauerstraße stand, sind in der Nacht zum 6. d. Mts. die beiden großen 1,75 Meter im Durchmesser messenden Hinterräder gestohlen worden.

**Vermißt** wird seit dem 1. ds. Mts. der 14jährige Schulknabe Johannes Hartung, wohnhaft Hundestraße 70. Der Vermißte, ein kräftiger Knabe von 1,50 Meter Größe, trug abgetragenen blauen Anzug, graue Strümpfe, Schnürschuhe und schwarze Schirmmütze. Anzunehmen ist, daß sich der Vermißte in der hiesigen Umgegend umhertreibt.

# Angrenzende Gebiete.

hw. **Riendorf.** Oeffentliche Versammlung. Am Sonntag nachmittag hatte der sozialdemokratische Verein Lübeck, Ortsgruppe Moorgarten, eine öffentliche Versammlung im Lokale des Genossen Behrens einberufen. Genosse H. Wolfradt-Lübeck referierte über „Die Gefahren der Republik". An den Vortrag knüpfte sich eine lebhafte Aussprache, in der hauptsächlich die örtlichen Mißstände kritisiert wurden. Lebhafte Klage wurde über den schlechten Weg von Riendorf nach Moorgarten geführt, der bei schlechten Wetter kaum passierbar sei. In seinem Schlußwort betonte Redner, dafür eintreten zu wollen, daß die angeführten Mißstände beseitigt werden. Er forderte die Anwesenden auf, sich der Partei anzuschließen und Leser des „Lübecker Volksboten" zu werden. 12 neue Mitglieder wurden für die Partei gewonnen. Gegner waren nicht erschienen. Die Deutschnationale Volkspartei hatte am gleichen Tage ihre Mitglieder zu einem Kaffeeschlatsch eingeladen. Sie wollen die Beamten und Arbeiter ködern, die aber auf der Hut sein und sich nicht vor die Karre dieser Herren spannen lassen werden. Sie werden zur sozialdemokratischen Partei halten, die schon immer die Interessen der Arbeiter und Beamten vertreten hat.

**Sutin.** Das Stadtparlament beschloß, zur Steuerung der allgemeinen Unsicherheit und der vielen Diebstähle wie auch zur Ueberwachung des Schleichhandels im großen auf dem Bahnhofe die vorläufige Anstellung einer Aushilfskraft. Zur Versorgung der Stadt mit Lebensmitteln hat die Stadt u. a. Haferflocken, Grütze, Bohnen, Erbsen angekauft und dazu eine Anleihe von 350 000 Mk. aufgenommen. Ab 1. März kostet ein Kubikmeter Koch- und Leuchtgas 1 Mk., Automatengas 1,10 Mk., das Wassergeld pro Kubikmeter 1 Mk. Den städtischen Beamten wurde mit rückwirkender Kraft vom 1. Januar ab eine Teuerungszulage von 150 Prozent bewilligt.

**Hamburg.** Wo der Schleichhandelszucker herkommt. Einen frechen Ueberfall und Raub haben bewaffnete unbekannte Personen am Freitag abend am Neuen Krahn ausgeführt. Sie überfielen die Schiffer der Schuten 68 und 69, sperrten sie in die Kajüte der Schute 69 ein, fuhren mit der Schute davon und löschten an unbekannter Stelle die umfangreiche Zuckerladung. Die Schute wurde im Binnenhafen treibend angetroffen und geborgen, worauf die beiden Schiffer befreit werden konnten. Von den Tätern und dem Zucker fehlt bisher jede Spur.

**Hamburg.** Streik der Bäckergesellen. Der Brotpreis in Hamburg war im Interesse der Erwerbslosen im Bäckergewerbe bisher höher gehalten als es unter Berücksichtigung aller Faktoren notwendig gewesen wäre. Die Mehlzuteilung war bisher dergestalt kontingentiert, daß die Bäcker entsprechend der Mehlzuweisung eine bestimmte Zahl Arbeitskräfte beschäftigen mußten. Diese Vorschriften sind jetzt aufgehoben worden, damit der Brotpreis in erschwinglicher Höhe gehalten werden kann. Der Zentralverband der Bäcker nahm Stellung zur Aufhebung der Mehlkontingentierung. In der Versammlung wurde allgemein der Standpunkt vertreten, daß der Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses, der den Bäckergesellen einen Wochenlohn von 186 Mark zugesprochen hat, nur unter der Voraussetzung von den Gesellen angenommen wurde, daß die Mehlkontingentierung nach wie vor beibehalten werde. Da diese aber jetzt vom Kriegsversorgungsamt auf Veranlassung der Arbeitgeber aufgehoben wurde, so halten sich auch die Bäckergesellen nicht mehr an den Vertrag gebunden. Es wurde in geheimer Abstimmung mit 1200 gegen 100 Stimmen die sofortige Arbeitseinstellung beschlossen.

**Hamburg.** Ankunft des ersten Amerikadampfers. Der Cunarddampfer „Saxonia" traf Sonntag mittag in Cuxhaven ein. Er überbrachte 1200 Passagiere 3. Klasse und 70 Passagiere 1. Klasse, hauptsächlich Angehörige der Tschecho-Slowakei. Der Dampfer stellte damit die Verbindung Cuxhaven—Neuyork wieder her. — Strandung eines deutschen Dampfers. Wie aus Skagen gemeldet wird, ist dort am Freitag der Hamburger Damper „Malsolm" gestrandet. Der Dampfer kam aus Norwegen. Die Mannschaft verließ bis jetzt den Dampfer nicht; sie hofft bei Eintreten der Flut diesen wieder flott zu bekommen.

**Flensburg.** Das amtliche Wahlergebnis über die Abstimmung in der ersten Zone liegt jetzt vor. Von 110 000 Stimmberechtigten haben 91½ v. H. ihre Stimme abgegeben, darunter 74,2 v. H. für Dänemark. Die Anzahl der deutschen Stimmen wird auf 25329 angegeben. 882 Stimmen wurden für ungültig erklärt. — Die Internationale Kommission hat für die zweite nordschleswigsche Abstimmungszone für den Abstimmungstag ein Flaggenverbot erlassen.

# Neueste Nachrichten.

### Landratsbeamte als Schieber.

**TU. Kassel, 8. März. Es erregt in Siegen großes Aufsehen, daß in Siegen vier Landratsbeamte als Schieber entlarvt und verhaftet wurden, darunter der Kreissekretär Schmidt. Sie und andere Beamte hatten monatelang Hunderte von Zentnern amerikanisches Weizenmehl, welches dem Kommunalverband für die Bevölkerung des Sieger Landes überwiesen worden war, verschoben. Weitere Verhaftungen sollen bevorstehen.**

### Auflösung einer Kommunistenversammlung.

**TU. Frankfurt a. M., 8. März. Eine von der Kommunistischen Partei Deutschlands und dem Spartakusbunde nach dem „Kristallpalast" einberufene Versammlung verfiel der Auflösung. Das gesamte Vortragsmaterial wurde beschlagnahmt. Alle Versammlungsteilnehmer, etwa 150 Frauen und Männer, wurden nach dem Polizeipräsidium gebracht, wo eine eingehende Feststellung ihrer Personalien erfolgte. Der Einberufer und Leiter der Versammlung, Fritz Meyer, der Inhaber der „Kommunistischen Bücherkiste", und drei andere Personen wurden in Haft behalten.**

### Antisemitische Straßenkundgebung.

**TU. München, 8. März. Hier fanden Sonntag mittag große judenfeindliche Straßenkundgebungen statt. Vom Minister des Innern wurde die Ausweisung der Ostjuden gefordert.**

### Volksabstimmung in der Schweiz.

**TU. Bern, 8. März. Der schweizerische Bundesrat hat als Abstimmungstag über den Beitritt der Schweiz zum Völkerbund den 16. Mai festgesetzt.**

### Italien vor der Revolution?

**TU. Rom, 8. März. Die „Telegraphen-Union" meldet: Die innere Lage Italiens ist als sehr gespannt zu bezeichnen. Die Regierung trifft energische Maßnahmen gegen eine zu erwartende Revolution. Süditalienische Truppen wurden als besondere Regierungsgarde gebildet und über das ganze Land verteilt. Man hofft mit ihrer Hilfe und zusammen mit den Carbinieri, eines kommunistischen Putsches oder Generalstreiks Herr zu werden.**

### Das englisch-amerikanische Wettrüsten zur See.

**TU. London, 8. März. Einer Washingtoner Meldung zufolge befürwortete Senator Daniels am Sonnabend dringend die Annahme des Flottenbauprogramms des Marineausschusses, das den Bau von 30 Kriegsschiffen vorsieht. Er begründete seine Forderung mit den Worten: „Wir müssen entweder den Völkerbund haben, der den Frieden der Welt ohne ein Wettrüsten zur See gewährleistet, oder wir müssen die unvergleichbar größte Flotte der Welt besitzen." Daniels fuhr dann fort: „Wenn der Völkerbund nicht bald in die Erscheinung tritt, oder wenn die Vereinigten Staaten beschließen, dem Völkerbunde nicht beizutreten, würde ich mich veranlaßt sehen, den Bau von 69 Schiffen zu befürworten."**

# Vom Büchertisch.

Eine neue Halbmonatschrift für Eltern, Lehrer und Behörden erscheint soeben im Verlag für Sozialwissenschaft, Berlin SW. 68, betitelt: „Der Elternrat", von Regierungs- und Schulrat E. Wille im preußischen Kultusministerium, Preis 5,50 Mk. vierteljährlich, Einzelheft 1 Mk.

Der Elternbeirat bringt Aufsätze für alle Gebiete der Schule und Erziehung aus der Feder namhafter Pädagogen, Schulpolitiker und Aerzte und will damit den Elternbeiräten, deren tätige Mitarbeit an dem Blatte vorgesehen und erstrebt wird, das wissenschaftliche Rüstzeug zur Ausübung ihrer Tätigkeit und Gelegenheit zur Aussprache über alle einschlägigen Fragen geben. Einen parteipolitischen Standpunkt wird sie nicht vertreten.

Verantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

# Mode-Woche

Das grosse Ereignis der Frühjahrs-Saison im Hause

**Rudolph Karstadt Lübeck**

Eine erdrückende Fülle von Frühjahrs-Neuheiten ist in den Schaufenstern u. in den Abteilungen

**Damen-Putz und -Konfektion**

ausgestellt.

Rudolph Karstadt.

---

**Platin, künstliche Gebisse, Brennkisten, Altgold u. Silber, Brillanten** 2608

werden gekauft

**Goldschm. Tollgreve,**

92 Königstr. 92.

---

**Hansa-Theater** 2613

Montag, Dienstag, Mittwoch:

Das

**Musikantenmädel.**

Operette von Georg Jarno.

---

Dienstag morgen frisch eintreffend: (2626

Prima Ostsee-Dorsch

" " Goldbutt

" " Seelachs

**Johannes Boy,**

47 Markthallenstand 46.

---

Deutscher

**Transportarb.-Verb.**

Ortsverwaltung Lübeck.

**Versammlung**

der

**Zeitungsausträgerinnen**

am Dienstag, dem 9. März abends 8 Uhr

im Gewerkschaftshaus.

Tagesordnung:

Stellungnahme zum Lohntarif.

2628) Die Ortsverwaltung.

---

**Luisenlust**

Telephon: 8170. 2564

Morgen: **Großes Lanzkränzchen.** Anfang 6 Uhr.

Sonnabend: **Ball.** Anfang 7 Uhr.

---

**Stadthallen-**

Das größte und modernste Mühlenbrücke 13.

**Das Ende vom Lied**

Drama a. d. Artistenleben in 3 Akten

Vom 5.—11. März 1920

**Nachtasyl**

Bilder aus der Tiefe in 1 Vorspiel u. 5 Akten nach Motiven von Maxim Gorki.

**Lichtspiele**

Lichtspiel-Theater am Platze. Fernruf 8749.

**Die Brautnacht im Walde**

Lustspiel in 3 Akten.

Keine erhöhten Preise! — Aufführungszeiten: 4—7 u. 7—10 Uhr. 2604

---

Deutscher

**Transportarb.-Verb.**

Ortsverwaltung Lübeck.

**Versammlung**

der in der

Kolonialwarenbranche beschäftigten Lagerarbeiter und Kutscher

am Dienstag, dem 9. März abends 7½ Uhr,

im Gewerkschaftshaus

Tagesordnung:

Innere Verbandsangelegenheiten.

2612) Die Ortsverwaltung.

---

Verein der Gast- u. Schankwirte für Lübeck u. Umgegend

**Verein d. Gast- u. Schankwirte für Lübeck u. Umg. E. V.**

**Grosse Maskerade**

**am Dienstag, dem 9. März,**

in den festlich dekorierten Räumen d. **Kolosseum**

Kassenöffnung 6 Uhr. Anfang 7 Uhr. Maskenzug 7½ Uhr.

Eintrittskarten für Mitglieder und deren unverheiratete Kinder 2.50 Mk., für Nichtmitglieder im Vorverkauf 5 Mk., an der Abendkasse 6 Mk.

Vorverkauf bei folgenden Kollegen: **Otto Engels**, Johannisstr. 5; **G. Haase**, gr. Burgstr. 27; **G. Matthießen**, Untertrave 64; **B. Brüggmann**, Schwartauer Allee 12; **H. Onde**, Kolosseum.

**Maskenkostüme sind im Lokal zu haben.** 2605

Hierzu ladet freundlichst ein Der Vergnügungs-Ausschuß.

---

**Zentralverband der Zimmerer.**

Bezirk Lübeck.

Außerordentliche

**Mitglieder-Versammlung**

am Dienstag, dem 9. März abends 7½ Uhr

im Gewerkschaftshaus.

Johannisstr. 50-52.

Tages-Ordnung:

1. Lohnfrage.
2. Stellung von Anträgen zum Verbandstag.

Um recht zahlreiches Erscheinen ersucht

2617 Der Vorstand.

---

**Stadttheater Lübeck**

(2621

Dienstag, den 9. März:

24. Vorstellung im Dienstag-Abonnement:

**Ilsebill.**

Mittwoch, den 10. März

23. Vorst. im Mittw.-Abonn.

**Robert Guiskard.**

**Der zerbrochene Krug.**

Donnerstag, den 11. März:

Schauspielgemeinde.

Grüne Karten.

**Alkestis.**

Beilage zu Nr. 57.
27. Jahrgang.

# Lübecker Volksbote

Montag, den 8. März 1920

## Zur Hebung der Fleischversorgung.

Der Zentralverband der Fleischer hat eine Eingabe an das Reichswirtschaftsministerium gerichtet. In dieser wird der Nachweis geführt, daß unsere Fleischversorgung auf eine bessere Grundlage gestellt werden kann, wenn die Erfassung der vorhandenen Viehbestände durchgeführt wird. Unsere Landwirtschaft erzeugt gegenwärtig im Jahre über 600 000 Tonnen Fleisch, ohne die Menge, die die Erzeuger als Selbstversorger für sich brauchen. Funktionierte die Erfassung unserer Viehbestände auch nur einigermaßen, dann könnten ohne jede Einfuhr aus dem Auslande allgemein ein halbes Pfund Fleisch auf den Kopf und die Woche verteilt werden.

Gegenwärtig kommt eine Wochenration von 100 bis 250 Gramm zur Verteilung. Dazu muß aber die Reichsfleischstelle monatlich 30 000 Tonnen einführen, weil die Erfassung so jämmerlich versagt. Der Betrag von ½ Millionen Mark, der für die eingeführten 30 000 Tonnen Fleisch ausgegeben wird, würde bei ordentlicher Erfassung frei. Dafür könnten alsdann Futtermittel aus dem Ausland eingeführt werden. Auf diese Weise könnte sich der deutsche Viehbestand in kurzer Zeit so weit heben, daß pro Kopf und Woche ein Pfund Fleisch zur Verteilung gebracht werden könnte.

Um die Erfassung der Viehbestände restlos vornehmen zu können, wird gefordert, die genossenschaftliche Organisierung der Erzeuger zu begünstigen. Durch Abschluß von Lieferungsverträgen sollen die Städte mit den Erzeugergenossenschaften in unmittelbare Beziehungen treten, um der Großstadtbevölkerung unter Ausschaltung aller Zwischeninstanzen das Fleisch so billig wie möglich liefern zu können. Eine der Zeit entsprechende Preisbildung müsse Hand in Hand gehen, um die Landwirte zur Ablieferung der im voraus festgesetzten Menge von Schlachtvieh zu veranlassen. Nach der Aufstellung des Zentralverbandes der Fleischer könnten im Jahre erfaßt werden: 3 351 982 Schweine, 1 445 291 Schafe, 2 800 000 Kälber, 2 463 575 Rinder. In den Monaten Januar bis September 1919 kamen aber nur 577 137 Stück Schweine auf den öffentlichen Schlachthöfen zur Abschlachtung.

Die vermehrte Erfassung soll neben der besseren Fleischversorgung der Bevölkerung den Fleischergesellen auch vermehrte Arbeit bringen.

# Aus dem Freistaat Lübeck.

Montag, 8. März.

## Natur und Heimatschutz.

Eine notwendige und dankbare Aufgabe ist es, die Oeffentlichkeit auf die Pflichten aufmerksam zu machen, die sie gegenüber dem Heimatschutze zu erfüllen hat. Insbesonder Lübeck kann sich rühmen, eine Naturumgebung zu besitzen, mit der wenige Städte des Nordens in Konkurrenz treten können. Wenn es heute noch Menschen gibt, die achtlos an den Naturschätzen vorüberziehen, dann gehört in den meisten Fällen nur ein guter Anstoß dazu, um den Sinn für das Schöne zu wecken. Von selbst gewöhnt sich dann das Auge daran, die Feinheiten zu ergründen und stets neue Reize an oft Geschautem zu entdecken. Schule und Haus müssen helfen, der einzelne sich selbst für das Schöne erziehen. An dieser löblichen Aufgabe mitzuwirken, bemüht sich auch der Touristenverein „Die Naturfreunde", der sich in Arbeiterkreisen eines gesunden Anhangs erfreut. Am Donnerstag veranstaltete er im Gewerkschaftshaus einen Lichtbildervortrag, in dem Mittelschullehrer Genosse Schermer über die Frage sprach, wie wir in Lübeck praktischen Natur- und Heimatschutz treiben können. Eine große Anzahl Bilder unserer Stadt und ihrer näheren und weiteren Umgebung zeigte, in welch sinniger Umgebung Lübecks Bewohner leben. Kunstvolle Straßenszenerien unserer Altstadt, idyllische Blicke auf sie von den Wallanlagen geben schon dem nur innerhalb des Stadt- und Torbereiches Wandernden herzerfreuenden Genuß. Die prachtvollen Wälder in unmittelbarer Nähe bieten Schönes in wechselnder Menge. Wer gar seinen Ränzel schnürt und über die Bannmeile hinaus wandert, der findet zu froher Rast ladende Idyllen ohne Zahl. Das Wanderfieber lockte beim Beschauen der Bilder zum Aufbruch nach dem Ratzeburger und Möllner Seengebiet, nach der Provinz Lübeck, nach Schleswig-Holsteins anmutigen Gefilden. Da Anschauungsunterricht immer der beste Lehrmeister ist, so hatte es der Vortragende leicht, dafür zu wirken, daß mit diesem köstlichen Gut auch schonend umgegangen wird. Nach einem geschichtshistorischen Ueberblick auf das Werden der neuen Zeit mit ihren Verkehrseinrichtungen und der erwachenden Industrie, denen so manch schönes Stück Land geopfert werden mußte, ging Genosse Schermer auf die Forderung des Tages ein: erhalten, was irgendwie an Schönem geschont werden kann. Denn die Umgestaltung des Landes bedingt nicht nur das Verschwinden bestimmter Pflanzen, sondern auch der Insekten-, Tier- und Vogelwelt, denen die Möglichkeit ihrer Lebensbedingungen genommen wird. Nichts darf mutwillig zerstört werden. Der Heimatschutz und die Heimatforschung ist vom ganzen Volke zu unterstützen und darf nicht nur Sache der Gelehrten bleiben. Da Naturschutzparke nur spärlich angelegt werden können, müssen wir danach streben, das im Umkreis der Städte Gelegene zu erhalten, was wichtiger ist, als das Anlegen von Stadtparks, die heute nur dann eine Berechtigung haben, wenn die Naturgehege zu weit abliegen und wenn sie mit großen Spielplätzen verbunden sind. Die Parks, mit noch so großen Unkosten verknüpft, können niemals die Natur ersetzen. In Lübeck sollte man darauf bedacht sein, durch zweckmäßige Anpflanzung Verbindungswege mit den Gehölzen herzustellen. Der Redner betonte ausdrücklich, daß man der Industrie an Raum geben müsse, was sie brauche, wandte sich aber gegen eine geplante Niederlegung des Schellbruchs zu den Zwecken eines Freihafengebiets. Wenn diese Absicht verwirklicht werden sollte, bleibe von der Schönheit Israelsdorfs nicht mehr viel nach. Jetzt vor allem sei der Zeitpunkt zu einer derartigen Maßnahme noch nicht gegeben. Bedauerlich sei die Durchschneidung des Gehölzes mit dem Bahnstrang. Komme noch der Freihafen dazu, dann müsse der Lübecker weit wandern, bis er wieder Schönes finde. Das liege auch nicht im gesundheitlichen Interesse unserer Bevölkerung. Es sei um so mehr eine soziale Aufgabe, naheliegende Waldgebiete den Aermsten zu erhalten, als das Reisen in entferntere Gegenden für sie immer unerschwinglicher werde. Um die landschaftlichen Schönheiten habe man sich früher zu wenig gekümmert, notwendig sei ein Ausschuß aller interessierter Vereine des Natur- und Heimatschutzes zu gemeinsamer Arbeit mit den Behörden. Es handle sich darum, durch Bodenständigkeit neue Volkskräfte zu sammeln, um wieder emporzukommen. — Eine Aussprache ergab die Uebereinstimmung mit dem Vortragenden und den Wunsch, die Naturschutzgebiete vom Bebauungsplan möglichst auszuschließen. Gefordert wurde strengste Schonung von Pflanzen und Tieren durch die Ausflügler. Insbesondere müsse die blöde Jagd nach Kriechtieren, Molchen und Vögeln aufhören. Auch die Dauerwanderer, die ihren Naturgenuß nach der Kilometerzahl einschätzen, wurden nach Gebühr gewürdigt und das Treiben jener Städter verurteilt, die jeden Lagerplatz als Ablagerungsstätte für Papier, Flaschen u. dergl. betrachten.

Im ganzen genommen war der unseres Wissens erste Versuch des Vereins der Naturfreunde, weiteren Kreisen Aufschluß über seinen guten Zweck zu geben, schön geglückt.

## Zur Lehrlingsfrage.

Ueber die Lehrlingsfrage ist in letzter Zeit in Lübeck nicht nur viel geredet und geschrieben worden, sondern auch der Streik der Holzarbeiter wurde wegen Nichtanerkennung der tariflichen Lehrlingsbestimmungen durch die Arbeitgeber wesentlich verlängert. Den Arbeitgebern im Holzgewerbe wurde sogar im Kampfe um die Abwehr dieser tariflichen Regelung die **Unterstützung des gesamten Lübecker Handwerks zugesagt.** In einer Versammlung des Lübecker Handwerkerbundes, die am 4. März stattfand, wurde nach einem uns zugegangenen Bericht an dem Grundsatz festgehalten, daß die Regelung des Lehrlingswesens nicht in die Tarifverträgen hineingehöre. Das freie Vertragsrecht zwischen Lehrherrn und den gesetzlichen Vertretern der Lehrlinge sei weiter aufrecht zu erhalten. Damit halten die hiesigen Innungsmeister nicht nur an ihrem bezopften rückschrittlichen Standpunkt fest, sondern sie betrachten es auch als ihr alleiniges Recht, mit dem Lehrling nach eigenem Gutdünken umzuspringen.

Im Gegensatz zu diesem selbstherrlichen Innungsmeisterstandpunkt stehen die sehr beachtenswerten Grundsätze und Richtlinien, die in diesen Tagen das Lohn- und Arbeitsamt in Kiel für das Lehrlingswesen veröffentlichte. Es heißt darin u. a.:

Soweit gesetzliche Beschränkungen nicht bestehen, kann auch das **Lehrlingswesen im Rahmen von Tarifverträgen geregelt werden. Auch Lehrlinge sind gewerbliche Arbeiter.**

Wo gültige Tarifverträge bestehen, treten an Stelle der Einzelabmachungen die Bestimmungen der bestehenden Tarifverträge. Bei Beschwerden und Streitigkeiten ist das Lohn- und Arbeitsamt als Vermittlungsstelle vorgesehen. Zur Lehrstellenvermittlung soll eine örtliche paritätisch von Vertretern der Innungen und des Gewerkschaftskartells besetzte Zentrale gegründet werden. Die Zentrale, die in steter Fühlung mit den Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden bleiben soll, wird in einzelgewerbliche Unterausschüsse gegliedert. Sie sorgt für Gesundheits- und Tauglichkeitsprüfung des sich als Lehrling Meldenden und hat zum Ausgleich des Lehrlingsmangels oder der Lehrlingsüberfüllung sich mit den Aufsichtsstellen zu verständigen.

Ueber Fortbildungs- und Fachunterricht wird folgendes bestimmt: Von einer zu gewährenden Aufwandsentschädigung ist die in die Arbeitszeit fallende Zeit des Fortbildungs- und Fachschulunterrichts nicht auszuschließen. Wenn der Fortbildungs- und Fachunterricht in die Arbeitszeit eines Betriebes fällt, so ist den Lehrlingen freizugeben. Die durch Fortbildungs- und Fachunterricht in Anspruch genommene Zeit braucht vom Lehrling nicht zur Ergänzung der Arbeitszeit nachgeholt zu werden.

Dann heißt es weiter: Die Verwendung der Lehrlinge zu häuslichen Arbeiten ist nicht zulässig. Aufräumungsarbeiten sollen, wenn es der Betrieb ohne wirtschaftlichen Nachteil gestattet, innerhalb der regelmäßigen Arbeitszeit vorgenommen werden. Die Ueberschreitung der gesetzlich oder tariflich festgesetzten Arbeitszeit und Sonntagsarbeiten sind zu vermeiden.

Ohne Unterschied der Gewerbe und der zu gewährenden Aufwandsentschädigung soll den Lehrlingen ein zusammenhängender Urlaub von je 6 Tagen jährlich während der ganzen Lehrzeit erteilt werden. Die Aufwandsentschädigung ist während der Urlaubszeit fortzuentrichten. — Dem Lehrling darf durch den Lehrherrn der Beitritt zur Jugendorganisation und Jugendvereinen nicht verwehrt werden.

Nach einer Tabelle, die die Lehrzeit, die Aufwandsentschädigung und die Zahl der Lehrlinge regelt, beträgt die Lehrzeit durchweg 3 Jahre. Nur bei den Buch- und Steindruckern beträgt die Lehrzeit 4 Jahre, ebenso bei Elektrotechnikern und Installateuren, wenn eine umfassendere Ausbildung gefordert wird. Die Entschädigung ist nach den Gewerben verschiedenartig geregelt. Sie beträgt für Bauhandwerker im ersten Lehrjahre 55, im zweiten 65 und im dritten 85 Pfg. die Stunde.

Gegenüber den Bestrebungen der hiesigen Innungskrauter ist die Kieler Regelung zweifelos ein großer Fortschritt.

•

**Belohnung für Ermittelung von Draht- und Kabeldieben.** Die Diebstähle von Leitungsdraht aus den Telegraphen- und Fernsprechlinien und an Fernsprechkabeln haben in letzter Zeit einen erheblichen Umfang angenommen. In einzelnen Fällen sind sogar zahlreiche Telegraphenstangen in der Linie am Erdboden abgesägt und samt dem Leitungsdraht entwendet worden. Um den verkehrsschädigenden Diebstählen wirksam entgegenzutreten, ist die Mitwirkung der Bevölkerung bei der Ermittelung der Täter und ihrer Helfershelfer in tunlichst weitem Umfang erwünscht. Für die Ermittelung oder Ergreifung eines unbewaffneten Draht- oder Kabeldiebes werden von der Ober-Postdirektion Belohnungen bis zu 500 Mk., und wenn es sich um einen bewaffneten Dieb oder um eine Diebesbande handelt, Belohnungen bis zu 1000 Mk. gewährt. Vor dem Ankauf von Hartkupfer- oder Bronzedraht und von Fernsprechkabeln, sofern die einwandfreie Herkunft nicht unzweifelhaft feststeht, wird dringend gewarnt. Die Angestellten der Reichs-Telegraphenverwaltung sind sämtlich mit Ausweiskarten versehen, die sie im Dienst stets bei sich führen und den Hausbesitzern usw. unaufgefordert vorzeigen müssen.

**Die Danziger Messe.** Als Seehandelsstadt interessiert uns folgende Meldung:: Nach dem „Hansa-Kurier" stimmen alle Besucher der Messe in ihrem Urteil darin überein, daß die Danziger Messe entsprechend ihrer Eigenschaft als Durchfuhr- und Vermittelungsmesse Gelegenheit gegeben hat, den Ostmarkt kennen zu lernen, soweit das bei der Neuheit und der begreiflicherweise noch nicht völligen Regelung der Verhältnisse im Osten möglich war. Ein großer Teil der Aussteller erwartete die Kaufleute aus den nordischen Ländern, Finnland, Schweden, Dänemark und Norwegen — und die fehlten. Die zahlreich anwesenden Polen konnten nicht kaufen, weil sich die Preise der Waren bei dem Valutaunterschied und dem hohen Zoll für sie zu hoch stellten und sie garnicht wußten, ob sie die Einfuhrerlaubnis für die gekauften Waren erhalten oder nicht. Als Absatzgebiet für die Aussteller kamen deshalb nur Danzig, Pommern und Ostpreußen in Betracht. Die Umsätze erreichten daher nicht das Maß, wie es sonst auf einer Messe üblich ist. Durch die Danziger Messe mit dem Osten in ständiger Fühlung zu bleiben, ist trotzdem eine Lebensnotwendigkeit für den deutschen Kaufmann, umsomehr, als auch die Polen Danzig als Messestadt anerkennen.

**Auslandsschäden der Inlandsdeutschen.** Die Zweigstelle Lübeck des Verbandes der im Ausland geschädigten Inlandsdeutschen e. V. hat ihre Tätigkeit aufgenommen. Anfragen, Anträge und Mitteilungen sind an die Zweigstelle Lübeck, Beckergrube 40 I, zu richten. Der Bezirk der Zweigstelle Lübeck umfaßt die Freie

## Aquis submersus.

Novelle von Theodor Storm.

12. Fortsetzung.

Es war manche Woche danach, daß ich in dem schon bleicheren Sonnenschein auf einem Bänkchen vor dem letzten Haus des Dorfes saß; mit matten Blicken nach dem Wald hinüberschauend, an dessen jenseitigem Rande das Herrenhaus belegen war. Meine törichten Augen suchten stets aufs neue den Punkt, wo, wie ich mir vorstellete, Katharinens Kämmerlein von drüben auf die schon herbstlich gelben Wipfel schaue; denn von ihr selber hatte ich keine Kunde.

Man hatte mich mit meiner Wunde in dies Haus gebracht, das von des Junkers Waldhüter bewohnt wurde; und außer diesem Mann und seinem Weibe und einem mir unbekannten Chirurgus war während meines langen Lagers niemand zu mir kommen. Von wannen ich den Schuß in meine Brust erhalten, darüber hat mich niemand befragt, und ich habe niemandem Kunde gegeben; des Herzogs Gerichte gegen Herrn Gerhardus' Sohn und Katharinens Bruder anzurufen, konnte nimmer mir zu Sinne kommen. Er mochte sich dessen auch wohl getrösten; noch glaubhafter jedoch, daß er allen diesen Dingen trotzete.

Nur einmal war mein guter Dietrich da gewesen; er hatte mir in des Junkers Auftrage zwei Rollen ungarischer Dukaten überbracht als Lohn für Katharinens Bild, und ich hatte das Geld genommen, in Gedanken, es sei ein Teil von deren Erbe, von dem sie als mein Weib wohl später nicht zu viel empfahen würde. Zu einem traulichen Gespräch mit Dieterich, nach dem mich sehr verlangete, hatte es mir nicht geraten wollen, maßen das gelbe Fuchsgesicht meines Wirtes allaugenblicks in meine Kammer schaute; doch wurde so viel mir kund, daß der Junker nicht nach Kiel gereiset, und Katharina seither von niemandem weder in Hof noch Garten war gesehen worden; kaum konnte ich noch den Alten bitten, daß er dem Fräulein, wenn sich's treffen möchte, meine Grüße sage, und daß ich bald nach Holland zu reisen, aber bälder noch zurückzukommen dächte, was alles in Treuen auszurichten er mir dann gelobete.

Ueberfiel mich aber danach die allergrößeste Ungeduld, so daß ich gegen den Willen des Chirurgus und bevor im Walde drüben noch die letzten Blätter von den Bäumen fielen, meine Reise ins Werk setzete; langete auch schon nach kurzer Fri[illegible] wohlbehalten [illegible] der holländischen Hauptstadt an, allwo ich vo[illegible] einen Freund[illegible] gar liebreich empfangen wurde, und mochte es [illegible] ferner vor[illegible] glücklich Zeichen wohl erkennen, daß zwo Bilde[illegible] ich dort zur[illegible] gelassen, durch die hilfsbereite Vermittlung meines teue[illegible] Meisters van der Helst beide zu ansehnlichen Preisen verkaufet waren. Ja, es war dessen noch nicht genug: ein mir schon früher wohlgewogener Kaufherr ließ mir sagen, er habe nur auf mich gewartet, daß ich für sein nach dem Haag verheiratetes Töchterlein sein Bildnis malen möge; und wurde mir auch sofort ein reicher Lohn dafür versprochen. Da dachte ich, wenn ich solches noch vollendete, daß dann genug ohne andere Mittel Katharinen in ein wohbestellet Heimwesen einzuführen.

Machete mich also, da mein freundlicher Gönner desselbigen Sinnes war, mit allem Eifer an die Arbeit, so daß ich bald den Tag meiner Abreise gar fröhlich nah und näher rücken sahe, unachtend, mit was vor üblen Anständen ich drüben noch zu kämpfen hätte.

Aber des Menschen Augen sehen das Dunkel nicht, das vor ihm ist.

Als nun das Bild vollendet war und reichlich Lob und Gold um dessen willen mir zuteil geworden, da konnte ich nicht fort. Ich hatte in der Arbeit meiner Schwäche nicht geachtet, die schlecht geheilte Wunde warf mich wiederum danieder. Eben wurden zum Weihnachtsfeste auf allen Straßenplätzen die Waffelbuden aufgeschlagen, da begann mein Siechtum und hielt mich länger als das erstemal gefehlt. Zwar der besten Aerztekunst und liebreicher Freundespflege war kein Mangel, aber in Aengsten sahe ich Tag um Tag vergehen, und keine Kunde konnte von ihr, keine zu ihr kommen.

Endlich nach harter Winterzeit, da der Zuidersee wieder seine grünen Wellen schlug, geleiteten die Freunde mich zum Hafen; aber statt des frohen Mutes nahm ich itzt schwere Herzensorge mit an Bord. Doch ging die Reise rasch und gut vonstatten.

Von Hamburg aus fuhr ich mit der Königlichen Post; dann, wie vor nun fast einem Jahre hiebevor, wanderte ich zu Fuße durch den Wald, an dem noch kaum die ersten Spitzen grüneten. Zwar probten schon die Finken und die Ammern ihren Lenzgesang; doch was kümmerten sie mich heute! Ich ging aber nicht nach Herrn Gerhardus' Herrengut; sondern, so stark mein Herz auch klopfete, ich bog seitwärts ab und schritt am Waldesrand entlang dem Dorfe zu. Da stund ich bald an Hans Ottsens Krug und ihm gar selber gegenüber.

Der Alte sah mich seltsam [illegible] meinete aber dann, ich lasse ja recht munter. „Nur," fügte [illegible] „mit Schießbüchsen müsset Ihr nicht wieder spielen; die ma[illegible] gere Flecken als so ein Malerpinsel."

Ich ließ ihn gern bei [illegible] nung, so, wie ich wohl merkete, [illegible] hier allgemein verbreite[illegible] at vors erste eine Frage nach [illegible] em alten Dieterich.

Da mußte ich ver[illegible] noch vor dem ersten Winter[illegible] nee, wie es ja star[illegible] plötzlichen, wenn auch gelinden Todes verfahren sei. „Der freuet sich," sagte Hans Ottsen, „daß er zu seinem alten Herrn da droben kommen; und ist für ihn auch besser so."

„Amen!" sagte ich. „Mein herzlieber, alter Dieterich!"

Indes aber mein Herz nur, und immer banger, nach einer Kundschaft von Katharinen seufzete, nahm meine furchtsame Zunge einen Umweg, und ich sprach beklommen: „Was machet denn Euer Nachbar, der von der Risch?"

„Oho," lachte der Alte, „der hat ein Weib genommen, und eine, die ihn schon zu Richte setzen wird."

Nur im ersten Augenblick erschrak ich; denn ich sagte mir sogleich, daß er nicht so von Katharinen reden würde; und da er dann den Namen nannte, so war's ein ältlich, aber reiches Fräulein aus der Nachbarschaft; forschete also mutig weiter, wie's drüben in Herrn Gerhardus' Haus bestellet sei, und wie das Fräulein und der Junker miteinander hauseten.

Da warf der Alte mir wieder seine seltsamen Blicke zu. „Ihr meinet wohl," sagte er, „daß alte Türm' und Mauern nicht auch plaudern könnten!"

„Was soll's der Rede?" rief ich; aber sie fiel mir zentnerschwer aufs Herz.

„Nun, Her Johannes," und der Alte sahe mir gar zuversichtlich in die Augen, „wo das Fräulein hinkommen, das werdet doch Ihr am besten wissen! Ihr seid derzeit im Herbst ja nicht zum letzten hier gewesen; nur wundert's mich, daß Ihr noch einmal wiederkommen; denn Junker Wulf wird, denk' ich, nicht eben gute Mien' zum bösen Spiel gemachet haben."

Ich sahe den alten Menschen an, als sei ich selber hintersinnig worden; denn aber kam mir plötzlich ein Gedanke. „Unglücksmann!" schrie ich. „Ihr glaubet doch nicht etwan, das Fräulein Katharina sei mein Eheweib geworden?"

„Nun, lasset mich nur los!" entgegnete der Alte, denn ich schüttelte ihn [illegible] beiden Schultern. „Was geht's mich an! Es geht die Rede [illegible] Auf alle Fäll': seit Neujahr ist das Fräulein im Schloß nicht mehr gesehen worden."

Ich schwur ihm zu, derzeit sei ich in Holland krank gelegen; ich wisse nichts von alledem.

Ob er's geglaubet, weiß ich nicht zu sagen; allein er gab mir kund, es solle dermalen ein unbekannter Geistlicher zur Nachtzeit und in großerr Heimlichkeit auf den Herrenhof gekommen sein; zwar habe Bas' Ursel das Gesinde schon zeitig in ihre Kammern getrieben; aber der Mägde eine, so durch den Türspalt gelauschet, wolle auch mich über den Flur nach der Treppe haben gehen sehen; dann später hätten sie deutlich einen Wagen aus dem Torgaus fahren hören, und seien seit jener Nacht nur noch Bas' Ursel und der Junker in dem Schloß gewesen.

(Fortsetzung folgt.)

und Hansestadt Lübeck, die oldenburgische Provinz Lübeck und die beiden Mecklenburg. Der Verband der Inlandsdeutschen hat lediglich die Schadensangelegenheiten der Inlandsdeutschen zu bearbeiten, d. h. derjenigen Firmen und Einzelpersonen, die bei Ausbruch des Krieges ihren Wohnsitz oder ständigen Aufenthalt im Inlande gehabt und ihn nicht inzwischen ins Ausland verlegt haben. Auslandsdeutsche haben sich an den „Bund der Auslandsdeutschen", dessen Hauptstelle sich in Berlin W. 10, Rauchstraße 23, befindet, zu wenden. Auslandsdeutsche, die mit Inlandsdeutschen in Interessengemeinschaft stehen oder ihren Wohnsitz zugleich im Inland und Ausland gehabt haben, können sich auch an den Verband der Inlandsdeutschen wenden.

**Vor falschem Geld** warnt das Reichsbankdirektorium. Es handelt sich um die grünen Fünfzigmarkscheine der Ausgabe vom 24. Juli 1919, Reihe 2. Die Scheine sind bei einiger Aufmerksamkeit von den echten leicht zu unterscheiden. Der Gesamteindruck der neuen Falsifikate sticht in der Druckausführung gegen den deutlichen, klaren Druck der echten Scheine schon ab. Besondere Kennzeichen sind noch das weiche, lappige Papier, und daß die Rückseite, die schmutzig wirkt, auf dem Kopf steht. Auf der Vorderseite ist das Fehlen des Kommas hinter den Tausenden, das bei den echten Noten der Reihe 2 im Gegensatz zu denen der Reihe 1 vorhanden ist, ein besonders auffälliges Merkmal.

## Reich und Ausland.

**Eine deutsche Expedition zur Bekämpfung des Fleckfiebers** wird in kurzer Frist nach Rußland abgehen. Die Expedition wird veranlaßt von einem Komitee, dem Graf Arco, Prof. Albert Einstein, Prof. Kraus von der Charité und der Berliner Arzt Dr. Erich Schlesinger angehören. Führer der Expedition, die auch Arzneimittel mitnimmt, ist Dr. Freymuth. Die Sowjetregierung, die der Expedition jede Hilfe gewähren will, hat bereits funkentelegraphisch Dr. Schlesinger die Einreiseerlaubnis übermittelt. Dr. Freymuth mit seinen Gehilfen wird sich dem ersten, nach Rußland gehenden Kriegsgefangenentransport anschließen.

**Sieben Kinder verschüttet.** In einer großen Baugrube in der Scheiblerstraße in Baumschulenweg, Berlin, hatten sieben Kinder einen Unterstand gebaut. Sonnabend abend wurden alle sieben durch Erdmassen verschüttet. Der Feuerwehr gelang es, sechs Kinder zu retten, während bei dem siebenten Wiederbelebungsversuche ohne Erfolg blieben.

**Berliner Kirchenräuber an der Arbeit.** Berliner Einbrecher haben die katholische Kirche in Stralsund heimgesucht und zwei goldene Kelche, einen goldenen Speisekelch und eine Monstranz mit Inhalt gestohlen. Die Täter sind flüchtig.

**Goldschieber im D.-Zug verhaftet.** Die Grenzpolizei verhaftete in Lauenburg i. P. im D.-Zuge vier Goldschieber, die über die Grenze nach Polen fahren wollten. Es wurden zwei Zentner 48 Pfund Gold und Silber beschlagnahmt.

**Von Bettelkindern,** die nachts über die Grenze nach Holland gehen, war in den Zeitungen die Rede. Jetzt hört man, daß es Geldschmuggelkinder sind!

## Welt und Wissen.

O. K. **Ein Absturz aus 12 000 Metern.** Ein neuer Höhenrekord ist von einem amerikanischen Flieger unter den schwierigsten und gefährlichsten Umständen aufgestellt worden. In Dayton (Ohio) stieg Major R. W. Schroeder an einem Morgen um ¾11 Uhr auf und kämpfte 125 Minuten mit den wechselnden Luftströmungen, bis er eine Höhe von 12 000 Metern erreicht hatte. Damit war ein neuer gewaltiger Höhenrekord aufgestellt. Aber als der Meßapparat diese Höhe anzeigte, war der Flieger bewußtlos geworden, und bei dem furchtbaren Sturz aus dieser gewaltigen Höhe errettete ihn nur ein Wunder vom Tode. Bei einer Temperatur von 67 Grad unter Null Fahrenheit froren ihm die Augen zu, sodaß er jetzt teilweise blind im Krankenhaus liegt. Trotz einer elektrischen Heizvorrichtung, die er mitführte, erstarrten ihm die Glieder durch die Kälte, und als die Heizvorrichtung, die ihm Sauerstoff zuführte, versagte, verlor er plötzlich das Bewußtsein. Die Maschine stürzte nun, des Führers beraubt, in rasendem Tempo herunter und fiel innerhalb von zwei Minuten über 8000 Meter, wie sich aus den Registrierapparaten nachher erkennen ließ. Der Luftdruck wuchs in dieser Zeit von 3 Pfund auf 14,7 Pfund und drückte die Gasolintanks ein. Dieser Vorfall aber brachte dem Flieger die Rettung, er wurde nämlich dadurch zum Bewußtsein erweckt, gewann die Macht über seine Maschine wieder und legte die letzten 2000 Meter in einem Gleitflug zurück, der das Flugzeug sanft auf die Erde brachte. Major Schroeder wurde dann wieder bewußtlos und erholte sich langsam im Krankenhause. Auf viele Kilometer Entfernung hatte man den Absturz der Maschine gesehen, die einen Rauchstreifen hinter sich ließ. Die Leute glaubten, es sei ein Meteor, der herunterfalle. „Ich hatte die feste Absicht, wenigstens 13 000 Meter hoch zu steigen," erklärte der Flieger. „Da hörte die Sauerstoffversorgung auf, und es war mir plötzlich, als ob in meinem Kopf eine furchtbare Explosion vor sich ginge. Ich konnte auch meine Augen nicht mehr öffnen. Aber als ich plötzlich mein Bewußtsein wiedererlangte, da wußte ich sofort, daß mich nur ein Gleitflug retten könne; ich vollführte meine Handgriffe wie ein Automat und kam glücklich herunter."

## Theater und Musik.

**Die Morgenfeier** am Sonntag war Schwedens größtem Dichter, August Strindberg, gewidmet. Die oberflächliche Meinung kennt ihn nur als wütenden Weiberhasser und Weiberfeind. Und tut ihm damit bitter Unrecht. August Strindberg war ein viel zu universaler Dichter, um sich in der Sackgasse einer Idee festzurennen. Nach einem einführenden Vortrage Karl Heimanns, der naturgemäß dem geistigen Riesen Strindberg nicht im vollen Umfange gerecht werden konnte, weil die Zeit dazu viel zu kurz bemessen war, wurde die einaktige Komödie „Mit dem Feuer spielen" aufgeführt, die um 1890 herum entstanden ist, zu einer Zeit also, als Strindberg den „Vater", die „Kameraden", „Fräulein Julie", die „Gläubiger" und „Samum", unter geistigen Schmerzen gebar. Die Komödie ist ein echter Strindberg. Der funkelnde Dialog ist von unvergleichlicher Bildkraft. Mit dem Feuer spielt die junge Frau eines Malers. Sie ist drauf und dran, sich dem Freund ihres Mannes an den Hals zu werfen. Im letzten Augenblick scheitert die Sache. Der Maler gibt seinem verliebten Frauchen eine kalte Abreibung: er will sie unter der Bedingung freigeben, daß der Freund sie sofort heiratet. Ueber diesen ganz ungewöhnlichen Vorschlag wird der Freund einigermaßen stutzig. Er zieht es vor, sich seitwärts in die Büsche zu schlagen. Das junge Frauchen aber lernt erkennen, daß sie sich bald einem Unwürdigen aufgehängt hätte, und findet den Weg zum Gatten wieder zurück. Rudolf von Lossow hatte die einaktige Komödie in einen geschmackvollen Rahmen gefaßt. Das Malerehepaar spielten Karl Moran und Tessa Wenk, den Hausfreund Karl Heinz Stein. Ihr Zusammenspiel war prächtig gegenseitig abgestimmt, so daß es ein wahres Labsal war, das Raketenfeuer Strindbergs anzuhören und anzusehen. Den Vater des Malers gab Dr. Egmont Kroug, die Mutter Martha Hohenfeld, während eine herumgeisternde Kusine von der rassigen Mira Schulz aufs beste verkörpert wurde. Der Beifall des Publikums war sehr lebhaft.

—o—.

## Eingegangene Druckschriften.

Vom **„Wahren Jakob"** ist soeben die 5. Nummer des 37. Jahrganges erschienen. Der Preis der Nummer ist **50 Pfg.** Probenummern sind jederzeit durch den Verlag J. H. W. Dietz Nachf. G. m. b. H. in Stuttgart, sowie von allen Buchhandlungen und Kolporteuren zu beziehen.

Von der **„Neuen Zeit"** ist soeben das 23. Heft vom 1. Band des 38. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Organisationspläne des Reichswirtschaftsministeriums. Geplante Maßnahmen zur Kapitalbeschaffung. — Wandlungen der französischen Gewerkschaftsbewegung. Von Paul Riebke. — Die Betriebsräte. Von Th. Meier (Bremerhaven). — Neugestaltung des Hebammenwesens. Von Unterstaatssekretär Eduard Gräf (Berlin). — Neue Revolutionsliteratur. Von Joseph Kliche. — Literarische Rundschau. — Notizen.

Die „Neue Zeit" erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteure zum Preise von 6,50 Mk. das Vierteljahr zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur für das Vierteljahr bestellt werden. Das einzelne Heft kostet 50 Pfennig.

Probenumern stehen jederzeit zur Verfügung.


Zu Ostern 1920 werden noch einige
**Lehrlinge**
für Formerei und Kesselschmiede gesucht.
Lübecker Maschinenbau-Gesellschaft.
2603

**Bekanntmachung.**
Durch Beschluß der Generalversammlung vom 1. März 1920 ist die Auflösung der **Lübecker Vereinsbrauerei**, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht in **Lübeck**, beschlossen und sind zu Liquidatoren die bisherigen Vorstandsmitglieder Privatmann **Johann Wulf**, Brauereidirektor **Bernhard Jeltner**, beide zu **Lübeck**, und Privatmann **Hermann Hoffmann** zu **Cleverbrück** gewählt. Die Gläubiger der Genossenschaft werden hierdurch aufgefordert, sich bei der Genossenschaft, Moislinger Allee 222, zu melden.
**Lübeck**, d. 6. März 1920.
**Lübecker Vereinsbrauerei** eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.
Die Liquidatoren:
**Bernhard Jeltner.**
**Joh. Wulf,**
**H. Hoffmann.** (2616

**Gesangverein Einigkeit St. Gertrud.**
Am 4. März starb unser wertes Mitglied
**Wilhelm Abraham.**
Ehre seinem Andenken!
Beerdigung Mittwoch, den 10. März, nachm. 3¾ Uhr, auf dem Vorwerker Friedhof. (2607
**Der Vorstand.**

Gesucht saubere
**Morgenhilfe**
4 Mal in der Woche. (2596
Percevalstr. 44, pt.

Gef. jof. Frau z. Graben e. kl. Gartens. (2624
Grimm, Wickedestr. 49.

Gesucht ein
mit Torfstechen vertrauter
**Arbeiter**
mit etwas Vermögen als Teilhaber für ein kl. Torfmoor in Schwartau. (2589
Näh.: Karpfenstr. 18 L. I.

Zu verk. 1 gut erh. Zugkuder, W. 54. (2593
Steinrader Weg 49 III.

Ein neuer schwarz. Filzhut, pass. f. Konfirmanden, zu verkaufen. (2600
Karpfenstr. 14, Hbs.

Zu verk. ein noch gut erhaltener
**Kinderwagen**
auf Gummi. Zu besehen Montag nachmittag von 4 Uhr an. (2618
**Denker, Lübeck,**
Schwartauer Allee 85 II., Fl.

Zu verk. Jackett, Weste u. Paletot, pass. f. 14—15jähr. u. Sommerkr. f. ält. Frau. 2599) Luisenstr. 16, pt. r.

E. f. n. Gehrock f. mittl. Figur u. e. Reißbrett mit Schiene u. Winkel zu verk. 2598) Morkerkestr. 20, pt. l.

Große Bohnen zu verk., Pfd. 2,50 Mk. (2590
Waisenhofstr. 3 I.

1 n. Füllfederhalt. (amer. Fabrikat), 2 sch. Landsch.-Bilder zu verk. (2623
Travelmannstr. 41/43 II., r.

**Zuckerrüben zu verkaufen.**
2614) Marlistr. 29 a.

Große Bohnen zu verk. Pfund 2 Mk. (2606
Heinrichstr. 96, II.

Gr. Bohnen z. Pflanzen und einige Zentner gute Steckrüben billig zu verk.
2611 Vorbeckstr. 3 a, part.

**Späte Pflanzkartoffeln** gegen frühe Pflanzkartoffeln zu vertauschen. (2609
Kortwigstraße 19, I.

Sonnige 2-Zimm.-Wohn. m. Gas geg. 2- od. 3-Zimm.-Wohn. zu vertauschen. Ang. u. J. G. 3 a. d. Exp. (2582

**Achtung!**
Haus a. d. Mauer m. Gas, Wasser, kl. Hof, 3×2-Z.-Wohn. möchte ich vertausch. geg. **Landhaus** m. gr. Gart. Ang. erb. u. R M 5 an die Exp. d. Bl. (2620

Gut erh. Schultasche zu Ostern gesucht. Angeb. mit Pr. u. J K 10 an die Exp.

Ein **Plättofen** zu kaufen gesucht. Angeb. u. B A 14 an d. Exp. d. Blatt. 2591

Gebr. Konfirm. od. Jünglingsanzug zu kaufen ges. Ang. m. Pr. u. P 73 an d. Exp. d. Bl. (2625

Harfengitter mit Noten einzutausch. für 2 guterhalt. Stühle, flb. schöne Damenuhr für guterhalt. Teppich. Kochkiste, Himbeersträucher zu verkaufen. (2595
**Stockelsdorf**, Lohkr. 52.

**4000 Mk.**
sind als sichere Hypothek zu belegen. Angeb. u. B M 33 an d. Exp. d. Bl. (2597

**Verloren** heute mittag v. Johannisstr. bis Glockengießerstraße 12 eine **gold. Damenuhr.** Abzug. g. Belohn. Glockengießerstr. 12.

**Verloren** 1 Bd. Schlüssel. Abz. geg. Belohnung.
2619) Schwart. Allee 158.

**Neu! Neu!**
**Der Kleine Roman**
Wöchentlich ein abgeschlossenes, illustr. Heft mit farbigem Titelblatt
Vierteljährlich 6 Mk. Einzelheft 50 Pfg.
Nr. 1 Frank Wedekind: **„Marianne".**
Nr. 2 Heinr. Mann: **„Schauspielerin".**
Nr. 3 Freiherr von Gaudy: **„Aus dem Tagebuch eines wandernden Schneidergesellen".**
Nr. 4 Carl Bülcke: **„Die süße Lilly".**
Nr. 5 J. F. Perkonig: **„Die Versuchungen des Herrn Helland".**
Nr. 6 Bruno Frank: **„Ein Abenteuer in Venedig".**

**Ausgekämmt. Frauenhaar Wirrhaar, Hechelhaar, Wirrhaarspitzen** 2627
kauft zu höchsten Preisen
**Walter König**
**Mühlhausen i. Thüring.**
**Aufkäufer gesucht.**

Wieder eingetroffen:
**Charleville.**
**Dunkle Punkte aus dem Etappenleben.**
Von Dr. Wilhelm Appens, Dortmund.
**Mk. 1.50.**
**Buchhdl. Friedr. Meyer & Co.**

**Arbeiter-Notiz-Kalender**
(Preis 3.50 M)
ist in Neuauflage erschienen und zu beziehen durch die
**Buchhandlung**
**Fr. Meyer & Co.,**
**Johannisstraße 46.**

Overbeck-Gesellschaft
im Schabbelhaus, Mengstraße 36.
Sonder-Ausstellung von Gemälden von MARIA SLAVONA, Lübeck-Berlin
9. März bis 8. April täglich 11—5 Uhr.
2588

Ich gebe die allgemeine Praxis auf und werde von jetzt ab rein chirurg.-fachärztliche Tätigkeit ausüben. (2601
**Dr. Doose, Facharzt für Chirurgie.**
Königstr. 81; F. 8840. Sprechst. 9—11, 3—4, außer Sonnabds. nachm. u. Sonnt.

**Von Internationaler Bibliothek**
sind wieder vorrätig:

| | |
|---|---|
| C. Marx, Kapital, I. Band | M 24.— |
| „ Theorien über den Mehrwert, I | „ 9.— |
| „ Theorien über den Mehrwert, II | „ 10.50 |
| „ Revolution und Kontre-Revolution | „ 7.— |
| „ Kritik der pol. Oekonomie | „ 7.— |
| „ Elend der Philosophie | „ 7.— |
| „ Oekonom. Lehren | „ 7.50 |
| Simon, Gesundheitspflege d. Weibes | „ 7.50 |

Ferner sind wieder eingetroffen:

| | |
|---|---|
| A. Bebel, Die Frau u. der Sozialismus | M 10.— |
| A. Bebel, Aus meinem Leben, 3 Bände | „ 23.— |

**Buchhandlung Friedr. Meyer & Co.**
**Johannisstraße 46.** 2587

**Kopfläuse**
nebst Brut, Radikalmittel. Zu haben bei **Fr. Kröger,** eidgt. Kammerjäger, Alfstr. 3, I. (2585

**Achtung!**
Wie bekannt zahle für
**Haushaltungslumpen**
80 Pfg. bis 1 Mk. pr. Pfd.
**Altmetalle, altes Eisen**
zu höchsten Tagespreisen.
**B. Sager**
**Rosenstraße 18/5.** 2616

**Salzgurken,** Stück 30 b. 60 Pfg. **Hans Wegener,** 2594) Obere Wahnstr. 10.

**Achtung!** 2589
Vorsicht beim Verkauf von Gebissen.
Zahle den
**höchsten Tageskurs**
für
**alte Gebisse,**
Platin, Brennstifte, altes Gold und Silber,
z. B. Ketten, Ringe, Löffel, Gabeln usw., alte Taschenuhren, wenn auch nicht gangbar, ausländische Münzen.
**Willi Westfehling**
**32** Holstenstraße **32**

**Deutscher Bauarbeiterverband.**
**Zahlstelle Lübeck.**
(2608
**Mitglieder-Versammlung**
am Dienstag, dem 9. März, abends 7 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Johannisstr., gr. Saal
Tages-Ordnung:
1. Das Betriebsrätegesetz und dessen Durchführung im Baugewerbe.
Referent: Genosse Dreger.
2. Statutenberatung und Anträge zur Generalversammlung.

**Die Mitgliederversammlung in Fackenburg**
findet mit derselben Tagesordnung
am Mittwoch, d. 10. März, abends 7½ Uhr,
im Vereinslokal statt.
Das Erscheinen aller Kollegen dringend notwendig.

**Die Generalversammlung des Bezirksvereins**
findet am
**21. März, morgens 9 Uhr,**
im Lokale des Kollegen **Lender,** Hundestraße 41, statt mit der Tagesordnung: Statutenberatung und Anträge zum Verbandstag.
Die Zahlstellen werden ersucht, hierzu Stellung zu nehmen und die gefaßten Beschlüsse 3 Tage vor stattfindender Generalversammlung beim Bezirksvereinsvorstand einzureichen.
2608 **Der Bezirksvereinsvorstand.**

**Fledermaus**
Fünfhausen 17/19. Fernsprecher 842.
Allabendlich 8—12 Uhr:
**Das Aufsehen erregende März-Programm.**
**Guido Herper**
der phänomenale Heldenbariton.
**2 Mexitas,** exotischer Tanzsketsch.
**Zera Zobel,** in ihren Tanzschöpfungen.
**Hellas-Trio,** griechische Gladiatoren.
**James und Gaby,** mondän-exentrische Tänze.
**Elvira Largoth,** humorist. Soubrette. 2622
**Jainozika,** auf künstlicher Eisbahn.
**Georg Neumüller,** der Gipfel der Komik.
2 Orchester: Leitung **Simon de Weille.**
**Täglich 4-Uhr-Tee** Auftreten d. Künstler Weille-Konzert.